



15. Mandat 2019-2021



54
Engagierte



über 4.000
vertretene junge
Menschen

- Sexting-Kampagne
- RDJ-Grundausbildung zum/zur ehrenamtlichen Jugendleiter*in
- Stellungnahmen, u.a. zur Erhöhung der Lehrlingsentschädigung
- uvm.

Rat der deutschsprachigen Jugend V.o.G.
Brauereihof 2 - 4700 Eupen
Tel.: +32(0)87 560 979
info@rdj.be - www.rdj.be
  [@rdj.ostbelgien](https://www.facebook.com/rdj.ostbelgien)
BE0843.303.152 • RJP Eupen

Der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) ist der Zusammenschluss von Jugendlichen, Jugendorganisationen, Trägern der offenen und mobilen Jugendarbeit, Jugendinfozentren, Jungparteien und weiteren Jugendeinrichtungen in Ostbelgien.

Der RDJ ist das Bindeglied zwischen Jugend und Politik. Er vertritt ihre Interessen und stellt sich ihren Herausforderungen. Jugendliche sollen als aktiver Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden und mitentscheiden können.

Inhaltsverzeichnis

1. Struktur des RDJ	5
a. Generalversammlung	5
b. Verwaltungsrat	6
c. Arbeitsgruppen	7
d. Koordinatoren	7
e. Der RDJ in Corona-Zeiten	8
2. Projekte der Arbeitsgruppen	8
a. AG JugO	8
b. AG Leiterausbildung	11
c. AG Leiterausbildung OJA	12
d. AG Medien	12
e. AG Politische Bildung	13
f. AG Nachhaltigkeit	14
g. AG Aktuelle Themen	14
h. AG Balltaxi	14
i. AG zur Konferenz zur Zukunft Europas	15
j. NWG (national working group, nationale Arbeitsgruppe zum EU-Jugenddialog)	15
3. Vertretungen	18
a. Jugendbüro	18
b. Jugendkommission	18
c. IAWM	19
d. Kaleido	19
e. Steuergruppe Digitale Jugendarbeit	19
f. Steuergruppe Jugendbericht	20
g. Begleitausschuss „Auf das echte Leben vorbereiten“	20
h. J-Club/Intrabelgische Treffen	20
i. European Youth Forum (YFJ) & BICC	21
j. Side Event des High Level Political Forum der Vereinten Nationen	21
k. European Youth Work Convention	22

4. Kooperation	22
a. Europäischer Freiwilligendienst	22
b. Podiumsdiskussion in „Leichter Sprache“	22
c. Speak-Up-Kampagne	24
d. European Youth Week	24
5. Veröffentlichungen: Standpunkte, Stellungnahme, Gutachten	24
6. Sonstiges	25
a. Videobeiträge Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten Oliver Paasch	25
b. Teilnahme am Schwimmmarathon	25
c. BDN-Besuch	25
d. TCA zur digitalen Jugendarbeit	25
e. Schulbesuche	26
f. Teilnahme an verschiedenen Jurys	26
g. Austausch mit Vizepremierminister Georges Gilkinet	27
h. Fortsetzung Kontaktaufnahme TEC	27
i. Weiterbildung Freiwilligenmanagement	27
j. Projekt „Gegenseitiger Respekt“	28
k. Öffentlichkeitsarbeit	27
7. Anhang	29

Mandatsbericht

15. Mandat (2019-2021)

1. Struktur des RDJ

„Als RDJ möchten wir nämlich nicht nur das SprachROHR der Jugendlichen in der Politik und Gesellschaft sein, sondern auch ihr SprachOHR in Ostbelgien.“

Mit diesem Ziel startete im November 2019 das 15. Mandat mit alten und neuen Vertreter*innen. Gemeinsam wurde während zwei Jahren den Jugendlichen eine Möglichkeit gegeben, aktiv an der Zukunft unserer Gesellschaft mitzuwirken. Wir haben uns vorgenommen, sie nicht nur zu informieren, sondern auch zu unterstützen, ihre eigenen Ideen zu äußern und sie bei der Umsetzung dieser zu begleiten.

In unserem 15. Mandat haben wir uns neben den Schwerpunkten politische Bildung, Medienbildung und emotionale Bildung auch dem Thema Nachhaltigkeit gewidmet.

Zusätzlich reagierte der RDJ wegen der Corona-Pandemie seit März 2020 auch auf die Folgen der Krise auf Jugendliche und setzte sich für die Bedürfnisse junger Menschen ein.

a. Generalversammlung

Die Mitglieder der Generalversammlung sind die Basis des Jugendrates. Sie definieren die Inhalte und Schwerpunkte des Jugendrates und machen seine Arbeit überhaupt erst möglich. Die Generalversammlungen fanden mindestens zweimal jährlich statt, um gemeinsam wichtige Dinge zu besprechen und Entscheidungen zu treffen. Zusätzlich gab es über das ganze Mandat verteilt häufigen E-Mail-Kontakt, sodass die Generalversammlung über die Fortschritte der RDJ-Arbeiten informiert wurde. Die RDJ-Veranstaltungen dienten auch dem Austausch unter den Mitgliedern.



Die Mitglieder der Generalversammlung:

Ecolo Ostbelgien	Carlotta Ortmann Andreas Heck
Infotreff Eupen	Nicole Keutgen Lara Liebertz
JDG	Andreas Lejeune <i>Ersetzt durch: Lara Lentzen (November 2020)</i> <i>Leon Falkenberg (November 2020)</i>
JIZ-Jugendinformationszentrum	Ramona Mausen Claudine Niessen

Jugendherberge Eupen	Julie Schumacher Alexander Grosjean <i>Ersetzt durch: Maurane Lannois (Juni 2021)</i>
Junge Mitte	Alexander Jonas Cédric Falter <i>Ersetzt durch: Lukas Teller (März 2021)</i>
Jusos Ostbelgien	Jean-Pierre Wetzels Grigori Arakelian (<i>Juli 2020</i>)
KLJ Ostbelgien	Christian Recker Annika Wintgens
Ocarina Eupen	Laura Watteuw <i>Ersetzt durch: Ben Reinartz (Mai 2021)</i> Laura Crott
OJA Amel	Yannick Ramjoie
OJA Eupen	Aylin De Voogth (<i>Mai 2021</i>) Benedikt Mommer (<i>Mai 2021</i>)
Patro St. Raphael Eupen VoG	Florence Despineux <i>Ersetzt durch: Franca Kohl (Juni 2021)</i> Anne-Sophie Pelegrin
Pfadfinder Region Hohe Seen	Till Lentzen Willem Wilden
Pfadfinderinnen Obere Weser	Ruth Mennicken <i>Ersetzt durch: Rachel Kniebs (Dezember 2020)</i> Naomi Renardy
Streetwork	Yves Gustin Céline Taeter
Freie Mitglieder	Lukas Raphael Böhnke Marie Dolders Clara Falkenberg Estelle Pommée Nicolas Pommée Michèle Radermacher

b. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist der Antrieb des RDJ, der Initiativen ergreift und sich um das Alltagsgeschäft kümmert. Der Verwaltungsrat hat sich mindestens zehn Mal pro Jahr getroffen, um dringende Angelegenheiten zu besprechen, Entscheidungen zu treffen und den RDJ voranzubringen. Für kurzfristige Angelegenheiten wurde sich zwischenzeitlich auch per E-Mail oder per Handy ausgetauscht.

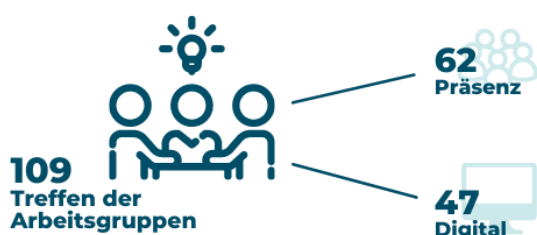


Der Verwaltungsrat besteht aus:

Nicolas Pommée	Vorsitzender
Christian Recker	Vizevorsitzender
Naomi Renardy	Vizevorsitzende, <i>zurückgetreten im April 2021</i>
Franca Kohl	Vizevorsitzende, <i>seit Juni 2021</i>
Carlotta Ortmann	Beisitzerin, PR-Verantwortliche
Estelle Pommée	Beisitzerin, Schriftführerin
Yannick Ramjoie	Beisitzer, Kassierer

c. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen (AGs) konzentrieren sich auf ein Thema und arbeiten dazu eine Veranstaltung, ein



Projekt oder ein Konzept aus. Die Arbeitsgruppen stehen Mitgliedern der RDJ-Generalversammlung und Nicht-RDJ-Mitgliedern offen. Sie entscheiden gemeinsam, in welche Richtung die AG arbeiten möchte und der Verwaltungsrat gibt das schlussendliche Einverständnis für die Umsetzung.

Im RDJ gibt es strukturelle sowie punktuelle AGs, deren Mitglieder sich ca. monatlich trafen und sich für kurzfristige Angelegenheiten per E-Mail oder Handy austauschten:

- AG JugO: Vertreter*innen der verschiedenen ostbelgischen Jugendorganisationen organisieren gemeinsam Projekte im Interesse ihrer Mitglieder.
- AG Leiterausbildung JugO: Vertreter*innen der verschiedenen Jugendorganisationen organisieren den ersten Zyklus der Grundausbildung zum/zur ehrenamtlichen Jugendleiter*in.
- AG Leiterausbildung OJA: Vertreter*innen der verschiedenen Jugendtreffs organisieren den ersten Zyklus der Grundausbildung zum/zur ehrenamtlichen Jugendleiter*in.
- AG Medien: Interessierte Jugendliche organisieren ein Projekt zum Thema Medienbildung.
- AG Politische Bildung: Interessierte Jugendliche organisieren ein Projekt zum Thema politische Bildung.
- AG Nachhaltigkeit: Interessierte Jugendliche organisieren ein Projekt zum Thema Nachhaltigkeit.
- AG Aktuelle Themen: Interessierte Jugendliche organisieren ein Projekt, welches einen Bezug zur Aktualität hat und dafür sorgt, dass junge Menschen mehr Hintergrundinformationen erhalten und sich eine eigene Meinung bilden können.
- AG Balltaxi: Aufgrund der Anfrage seitens der Regierung, ein neues Konzept zum Projekt Balltaxi zu entwerfen, wurde diese gleichnamige AG gegründet.
- National Working Group (NWG): Interessierte Jugendliche kümmern sich um die Umsetzung des EU-Jugenddialogs in Ostbelgien.

d. Koordinatoren

Die verschiedenen Organe im RDJ werden von zwei Koordinatoren unterstützt. Sie übernehmen die tägliche Verwaltung des Jugendrats, die Koordination der Arbeiten des Sekretariats und die Aufgaben, die ihnen durch Beschluss des Verwaltungsrates zugeschrieben werden.

Seit Februar 2020 zählt der RDJ zwei Vollzeitäquivalenten, die dem Jugendrat vom Jugendbüro zur Verfügung gestellt werden:

- Denis Jansen: Ansprechpartner für Jugendorganisationen, Leiterausbildung, mentale Gesundheit
- Mona Loch: Ansprechpartnerin für politische Bildung, Medienbildung, Nachhaltigkeit, Europapolitik

Sie sind Ansprechpartner für externe Anfragen, koordinieren die Arbeitsgruppen und betreuen die jungen Menschen in ihren Projekten. Alle gesammelten Daten, Informationen und guten Praktiken im Bereich Jugendarbeit bringen sie dort ein, wo sie für den Jugendbereich von Nutzen sein können.

e. Der RDJ in Corona-Zeiten

Natürlich blieb auch der RDJ nicht von den Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verschont. Ab Mitte März 2020 wurden Versammlungen in die digitale Welt verlagert und Aktionen des RDJ verschoben oder in anderer Form durchgeführt. Auf die einzelnen Projekte gehen wir in den folgenden Bereichen ein.

Es wurden verschiedene Online-Tools genutzt, um die Arbeit im Jugendrat für die Mitglieder auch in der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Auch wenn der gesellige Teil durch komplette Online-Aktivitäten auf der Strecke blieb, kann sich der RDJ einige genutzte digitale Methoden in Zukunft für den Arbeitsalltag zu Nutze machen.

2. Projekte der Arbeitsgruppen



a. AG JugO

• Unterstützung Videos Sommerlager 2020

Für die Sommerlager 2020 und somit für die erstmalige Durchführung von Kinder- und Jugendaktivitäten im Rahmen der Eindämmung der Corona-Pandemie ließ das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, u.a. mit Unterstützung der AG JugO, Videos produzieren, die die wichtigsten Bestimmungen und Maßnahmen rund um die Ferienaktivitäten visuell vermittelten. Dabei wurden kurze Videos zu den Bereichen „Kochen“, „Hygiene“, „Aktivitäten“, „Kontakt mit Externen“ und zu „Gesundheit“ gedreht.

- **Tag der JugO 2020 – 10-jähriges Jubiläum**

Zur Wertschätzung der Arbeit von Jugendorganisationen und um sich für gelebte Freundschaft, Solidarität, Toleranz, Kreativität, Unterstützung, u.v.m. zu bedanken, lanciert die AG JugO einmal im Jahr den Tag der Jugendorganisationen, der in ganz Belgien Ende Oktober gefeiert wird. Im Jahr 2020 fand dieser zum zehnten Mal in Ostbelgien statt und zu diesem Jubiläum wollte die AG JugO etwas Besonderes organisieren: einen Animationstag mit allen Jugendorganisationen in Worriken. Leider musste dieser aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden, der jedoch zum 11. Tag der JugO in 2021 nachgeholt werden sollte.

Daher überlegte sich die AG JugO eine Online-Alternative für zuhause. Neben einer digitalen Fotochallenge zum Schälchen-Tag am 23. Oktober 2020, an der etwa 52 Jugendliche teilnahmen, wurde den Jugendgruppen am darauffolgenden Tag von der AG JugO das Spiel „Die perfekte Minute“ auf der RDJ-Spieledatenbank zur Verfügung gestellt. Das Ziel des Spiels war es, die 15 bereitgestellten Aufgaben in einer Minute zu schaffen und somit die anderen Jugendgruppen zu schlagen. Die Aufgaben sollten zuhause per Video aufgenommen und der AG JugO zugeschickt werden. Insgesamt nahmen sieben Jugendgruppen daran teil.

Rund 80 aktive und circa 200-250 passive (z.B. online über Storys auf Social-Media) Jugendliche zwischen 10 und 25 Jahren nahmen an der Ausgabe zum 10. Tag der JugO teil. Pro Aktion gab es für die Gewinner*innen einen Gutschein.

- **Gewinnspiel zur RDJ-Spieledatenbank zu corona-konformen Spielen**

Von Februar bis März 2021 veröffentlichte die AG JugO ein Gewinnspiel auf der RDJ-Spieledatenbank und den sozialen Netzwerken des RDJ. Das Ziel des Gewinnspiels war es, die virtuellen Spielmöglichkeiten, die die Jugendgruppen während Corona organisiert haben, zu sammeln und den anderen Jugendlichen & Jugendgruppen zur Verfügung zu stellen und diese bei der Suche und Auswahl von corona-konformen Spielen zu unterstützen. Ein weiteres Ziel war es, die RDJ-Spieledatenbank verstärkt zu bewerben. Die AG JugO erhielt sechs Einsendungen, die auf Corona-Konformität geprüft wurden. Drei Gewinner*innen wurden bestimmt und alle eingesendeten Spiele wurden auf der RDJ-Spieledatenbank veröffentlicht.

- **10 Jahre Lagerhausdatenbank**

Am 27. Mai gab es ein weiteres Jubiläum innerhalb des RDJ zu feiern, denn die Lagerhausdatenbank des RDJ feierte ihr 10-jähriges Bestehen. Zu diesem Zweck gestaltete und veröffentlichte die AG JugO einen Social-Media-Beitrag mit dem Ziel, den Nutzen der Lagerhausdatenbank noch einmal hervorzuheben und die Kommentarfunktion dieser, in der Jugendgruppen Feedback zu den Häusern und Wiesen geben können, hervorzuheben.

- **Fit für's Lager**

Im ersten Halbjahr 2021 organisierte das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Unterstützung der AG JugO des RDJ die im Rhythmus von zwei Jahren stattfindende Veranstaltung „Fit für's Lager“. Während bei der letzten Ausgabe ein interaktiver Infomarkt live vor Ort stattfand, wurde in diesem Jahr angesichts der Corona-Pandemie eine digitale Alternative angeboten: eine virtuelle Fernsehshow für Jugendleiter*innen zum Sommerlager.

In einem kleinen Fernsehstudio im Herzen von Eupen empfing ein Moderator drei Vertreter*innen von Jugendorganisationen sowie die Ministerin für Jugend, Isabelle Weykmans, und tauschte sich mit ihnen in geselliger Runde über alle wichtigen Informationen zu den Sommerlagern aus. Die Informationen wurden den Jugendleiter*innen in Form von sechs im Vorhinein aufgenommenen Video-Beiträgen des Medienzentrums, von Kaleido Ostbelgien, des Jugendhilfedienstes, der Feuerwehr, des Forstamts und des RDJ vermittelt und umfassten Themen wie den Umgang mit vernachlässigten Kindern, Lagerapotheke, Brandschutz, Spiel- und Medienangebote, das Spielen im Wald u.v.m. Anschließend wurden in der Runde weitere Fragen gestellt, die von den drei Gästen beantwortet wurden. Zuletzt informierte die Ministerin für Jugend, Isabelle Weykmans, über die zu dem Zeitpunkt gültigen Bestimmungen & Hilfsmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Mit dem seit Juni veröffentlichten Video zu Fit für's Lager wurden rund 250 Aufrufe erreicht. Die AG JugO blickt auf eine tolle Show und ein cooles Format zurück und hofft, dass die Veranstaltung im Jahr 2023 wieder in live und vor Ort stattfinden kann. Die Show und die Video-Beiträge sind weiterhin auf dem YouTube-Kanal des RDJ abrufbar.

- **Zeltverleih 2020 & 2021**

Im Sommer 2020 und 2021 hat sich die AG JugO mit Unterstützung des Jugendbüros um die Koordination der Zelte während der Lagersaison gekümmert. Es gab diesmal keine großen Probleme mit zu wenig Zelten, da die Jugendgruppen ziemlich verteilt auf Lager fuhren und einige Zelte, die beantragt wurden, aber nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprachen, von der AG JugO gestrichen wurden. Zudem gab es auch Übergabemöglichkeiten zwischen einigen Jugendgruppen, sodass auch dort indirekt Zelte gespart wurden. Die AG JugO möchte das Problem, welches in der Vergangenheit bestand, weiter beobachten und wird am Ball bleiben, sofern zu wenige Zelte zur Verfügung stehen.

- **11. Tag der JugO 2021**

Der 11. Tag der Jugendorganisationen in Ostbelgien stand im Jahr 2021 unter dem Motto: Endlich wieder gemeinsam etwas unternehmen, Kontakte zwischen den Jugendorganisationen knüpfen und ganz viel Spaß haben! Dabei wurde die elfte Auflage erneut in zwei geteilt: den Schälchen-Tag am 22. Oktober, dem eigentlichen Tag der Jugendorganisationen, und den Animationstag in Worriken am 24. Oktober, der aus dem Vorjahr nachgeholt wurde.

Am Schälchen-Tag fand erneut ein digitales Gewinnspiel auf Facebook und Instagram statt, mit der Möglichkeit für alle Schälchen-Träger*innen einen IDEA-Gutschein in Höhe von 50€ zu gewinnen. Dazu mussten die Teilnehmer*innen an diesem Tag ein Selfie oder Gruppenfoto mit Freund*innen und Schälchen tragend in ihrer Story hochladen und z.B. u.a. den RDJ markieren. Insgesamt 15 Teilnehmer*innen haben teilgenommen. Zudem entschied sich die AG JugO spontan dazu, in diesem Jahr wieder die Schulen aufzusuchen. Dabei konzentrierte sie sich auf die Sekundarschulen (RSI, PDS, CFA und MG) in der 10-Uhr-Pause und Mittagspause und verteilte Süßigkeiten und Festivalbändchen an die Schälchen-Träger*innen. Insgesamt wurden dabei 135 junge Menschen erreicht. Zudem machte auch die Grundschule Kettenis mit, indem sie ein großes Gruppenbild mit Schälchen-Träger*innen einschickte. Die Grundschulen hatte die AG JugO ebenfalls angefragt.

Der dazugehörige Animationstag zum 11. Tag der JugO wurde organisiert durch die AG JugO des RDJ mit Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, der Cera, der „Fahr mit VoG“ sowie „Le Bon Wagon“ und ist Teil der Kampagne Ostbelgiens „Endlich wieder vereint“ gewesen. Dieser fand

am Sonntag, den 24. Oktober im Sport- und Freizeitzentrum in Worriken statt. Dabei nahmen rund 228 angemeldete Kinder und Jugendliche sowie Leiter*innen an einem abwechslungsreichen Programm teil, bei dem u.a. durch einen Hochseilgarten balanciert, Hockey gespielt oder Bogen geschossen werden konnte. Das Programm wurde so gestaltet, dass alle Teilnehmenden zwischen zwei und vier Animationen belegen durfte. Umrahmt wurde es von einer Abschlussfeier mit einem Liedersänger, der zusammen mit allen Teilnehmer*innen Lagerfeuersongs sang. Zudem gab es für die Anwesenden ein kleines Souvenir in Form eines Festivalbändchens.

b. AG Leiterausbildung

Der RDJ wurde im Jahr 2020 vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft damit beauftragt, den ersten Zyklus der Grundausbildung für ehrenamtliche Jugendleiter*innen auszurichten und kommt dieser Aufgabe ab dem Jahr 2021 auch strukturell nach. Um eine organisatorisch sowie inhaltlich qualitätsvolle Ausbildung gewährleisten zu können, hat der RDJ im Frühsommer 2020 eine neue Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die AG Leiterausbildung. Diese besteht aus ehrenamtlichen Vertreter*innen der KLJ Ostbelgien, der Pfadfinderinnen Obere Weser und den Patro Mädchen. Im Rahmen der AG wurden zunächst Inhalte neu angeordnet und kleinere Programmanpassungen vorgenommen. Mit dem erneuten Corona-bedingten Lockdown im Oktober musste von einer physisch durchführbaren Ausbildung abgesehen werden und es wurde kurzerhand beschlossen, die Ausbildung Anfang 2021 digital anzubieten.

Dazu mussten die Inhalte zu großen Teilen überarbeitet und angepasst werden, damit sie auch in einem Online-Format ihren Sinn und Zweck nicht verfehlen. Innerhalb von drei Monaten hat der RDJ eine Online-Version der Ausbildung aus dem Boden gestampft und vorbildlich gezeigt, dass auch online qualitativ hochwertige Ausbildungsprogramme erstellt werden können. Mithilfe der Plattform „Moodle“ konnte zu Beginn des Jahres 2021 die Grundausbildung durchgeführt werden. Insgesamt 42 Teilnehmer*innen (Stand Juni 2021) haben an 5 Online-Terminen, verschiedenen Homeschooling-Aufgaben sowie einem Präsenztage teilgenommen und somit den ersten Zyklus auf dem Weg zum Leiterpass erfolgreich abgeschlossen.

In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2021 fand die Leiterausbildung für die Jugendorganisationen dann auch zum ersten Mal live vor Ort im KUZ in Burg-Reuland statt. Die Herausforderung für die AG Leiterausbildung war es nun, die für die virtuelle Leiterausbildung überarbeiteten Inhalte in die physische Ausgabe einzubauen und möglichst viele interaktive Elemente miteinzubeziehen. Insgesamt 31 Teilnehmer*innen haben die Wochenenden vom 15.- 17. Oktober und vom 5.-7. November in Angriff genommen und erfolgreich abgeschlossen. Im Frühjahr 2022 werden dann die Erste-Hilfe-Kurse angeboten.

• Erste-Hilfe-Kurs

Zum ersten Zyklus der Grundausbildung gehört auch ein entsprechender Erste-Hilfe-Kurs, der ebenfalls im Rahmen der Zuständigkeit des RDJ organisiert wird. Dieser fand hybrid im April und Mai des Jahres 2021 statt. Organisiert wurde er durch die AG Leiterausbildung in Zusammenarbeit mit der Retten macht Schule VoG. Der Kurs selbst bestand Corona-bedingt aus einer selbständigen Lernphase zuhause und einer theoretischen wie praktischen Prüfung im Hinterhof des Jugendbüros. Dazu wurde ein Zelt aufgebaut, damit die Aktivitäten draußen und wetterunabhängig stattfinden konnten.

Insgesamt 39 Jugendliche nahmen am Erste-Hilfe-Kurs und seinen Prüfungen teil. Davon schlossen 37 Jugendliche den Erste-Hilfe-Kurs erfolgreich ab. Dabei lernten die Jugendlichen unter anderem, wie sie eine bewusstlose Person in die stabile Seitenlage bringen, wie sie eine Person wiederbeleben und wie kleinere und größere Verletzungen (Wundversorgung, Brüche, Verbrennungen, usw.) versorgt werden können. So konnten im Laufe des Kurses einige (fiktive) Leben gerettet werden!

c. AG Leiterausbildung OJA

Wie oben erwähnt, gehört die Grundausbildung seit 2021 strukturell zu den Aufgabenbereichen des RDJ und neben der virtuellen Leiterausbildung, die die Herbstausbildung ersetzt hat, wird auch eine Frühjahrsausbildung angeboten. Die Frühjahrsausbildung, inhaltlich angelehnt an die Offene Jugendarbeit, wurde aufgrund der Corona-Bestimmungen in den Juli verschoben. Hier wurde in Präsenzform gearbeitet und zur Vorbereitung sowie pädagogischen Aufbereitung ebenfalls eine eigene AG aus Jugendarbeiter*innen der verschiedenen OJAs und einem Ehrenamtlichen eingerichtet. Zunächst wurde das inhaltliche Programm der Vorjahre übernommen. Daher fand die Grundausbildung wie gewohnt an zwei Wochenenden im KUZ Burg-Reuland statt. Die 10 Teilnehmenden aus der OJA Büllingen, OJA Kelmis und OJA Raeren und eine individuelle Ehrenamtliche hatten eine Menge Spaß und konnten ebenfalls alle den ersten Zyklus der Grundausbildung erfolgreich abschließen.

d. AG Medien

Bereits im vorigen Mandat startete in der Arbeitsgruppe zur Medienbildung die Entwicklung einer Kampagne zum Thema Sexting, da durch Streetwork und Infotreff ein Bedarf der Aufklärung in diesem Bereich erkannt wurde. Ziel der Sensibilisierungskampagne war es, Sexting in Ostbelgien zum Thema zu machen, Bewusstsein für die negativen Konsequenzen des Sextings für Opfer und Täter*innen bei jungen Menschen zu schaffen und ihnen konkrete Tipps an die Hand zu geben, um bei Problemen im Zusammenhang mit Sexting zu reagieren.

• Sexting-Kampagne

Anfang März 2020 hat der RDJ in Zusammenarbeit mit Streetwork, Jugendinfo und Kaleido die Sexting-Kampagne und mit Unterstützung von Ostbelgien, Jugendstrategieplan, Jugendbüro, Medienzentrum, Cloth, OOH.media, BRF, Grenz-Echo, Wochenspiegel & Kurierjournal lanciert: Provokative Fotomotive mit eindrucksstarken Slogans oder Fakten wurden auf Citylights, Plakaten und Postkarten gedruckt, die an öffentlichen Orten aufgehängt bzw. verteilt wurden. Auch im Internet wurden über soziale Netzwerke (Facebook und Instagram) weitere Inhalte zum Thema veröffentlicht. Vollständige Informationen, Tipps und Ansprechpartner zum Thema Sexting wurden auf der Internetseite www.rdj.be/sexting zusammengefasst.

Die Kampagne wurde aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise unterbrochen. Allerdings hat die Arbeitsgruppe die Kampagne im April 2020 wieder aufgenommen, da vor allem in einer Zeit, in der alles digital passiert ist, die Prävention zu Sexting von Bedeutung ist. So wurden vor allem die Social-Media-Fotos genutzt, um die Kampagne zu verbreiten. Die Kampagne wurde Ende Juni 2020 beendet.

- **Sexting-Kampagne 2.0**

Parallel stand relativ früh schon fest, die Kampagne weiterzuführen. Der Bedarf nach pädagogischem Material von Akteuren aus Schulen und Jugendarbeit wurde deutlich. Aus dem Grund ging in Zusammenarbeit mit Kaleido, Jugendinfo und dem Medienzentrum die Sexting-Kampagne im November 2020 in Form einer Ko-Finanzierung des Europäischen Solidaritätskorps in eine zweite Runde und wurde um mehrere Elemente ergänzt. Für Jugendliche machten neue Motive im gleichen Design als Citylights, Fußbodenaufkleber und Bierdeckel an öffentlichen Orten auf das Thema aufmerksam. Die Bodenaufkleber, die im Zuge der Pandemie als Idee aufkamen, enthielten einen QR-Code, der auf eine kurze anonyme Umfrage verweist, um ein Stimmungsbild in Ostbelgien zum Thema „Sexting“ zu erhalten. Die Ergebnisse zeigten, dass Sexting ein Thema ist, denn jede/r Zweite hat bereits ein intimes Foto verschickt und 75% sogar erhalten. Vor allem junge Menschen unter 18 wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen, wenn ein intimes Foto von ihnen ungewollt verbreitet wird.

Auch wurde die Webseite zur Kampagne von der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben in „Leichte Sprache“ übersetzt und auf ihrem Kanal veröffentlicht.

Erzieher*innen, Lehrer*innen und Jugendarbeiter*innen wurden Dokumentenmappen mit Broschüren, Tipps und nützlichen Instrumenten zur Verfügung gestellt. Da sie mit Jugendlichen im alltäglichen Kontakt stehen, wird ihnen so ermöglicht, präventiv an das Thema heranzugehen oder bei einem konkreten Fall Sexting zum Thema zu machen.

Im Februar 2021 wurde im Rahmen des Safer Internet Days auch ein Videointerview mit Polizei und Staatsanwaltschaft mit Fragen rund um das Thema Sexting veröffentlicht. Dieses sollte aufzeigen, dass das Phänomen Sexting in Ostbelgien existiert. Das Video richtete sich eher an Eltern, die im darauffolgenden Monat auch vom Elternbund Ostbelgien zu einer Online-Veranstaltung eingeladen wurden, um die Kampagne von der Arbeitsgruppe vorgestellt zu bekommen und miteinander in den Dialog zu gehen.

e. AG Politische Bildung

Im Februar 2021 hat sich die AG Politische Bildung zusammengefunden und beschlossen, gemeinsam ein Projekt zum Thema „sprachliche Diskriminierung“ auszuarbeiten. Die 12-köpfige Arbeitsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, eine Aufklärungskampagne auszuarbeiten, um junge Menschen zum Nachdenken anzuregen, wie schnell Wörter oder Begriffe eine gewisse Bevölkerungsgruppe verletzen oder sogar diskriminieren können. Zusätzlich möchte die AG Tipps geben, wie Jugendliche mit sprachlicher Diskriminierung gegen sich oder gegen andere umgehen können. Dabei spielt Zivilcourage auch eine wichtige Rolle.

Um das Projekt professionell angehen zu können, wurde die Arbeitsgruppe durch das interföderale Zentrum für Chancengleichheit Unia mit dem nötigen Fachwissen unterstützt. In Form einer Weiterbildung wurden den Mitgliedern der AG der Unterschied zwischen Diskriminierung im allgemeinen und rechtlichen Sinne verdeutlicht und gemeinsam Pro- und Kontra-Argumente für die Kampagne gesammelt. Mit Hilfe der interaktiven Methoden von Unia erhielten die jungen Menschen eine gemeinsame Grundlage zum Thema sprachlicher Diskriminierung und können darauf basierend ihre Kampagne im nächsten Mandat weiterentwickeln.

f. AG Nachhaltigkeit

Seit sich Jugendliche weltweit hörbar machen und auf die Straße gehen, um für ein nachhaltiges Leben zu kämpfen (bspw. mit Fridays for Future), liegt es nahe, dass auch der RDJ eine AG zum Thema Nachhaltigkeit gründet. Deshalb hat im Mai 2021 ein erstes Treffen der AG Nachhaltigkeit stattgefunden. Schnell wurde klar, dass der RDJ zuerst die Jugendlichen befragen möchte, um bestmöglich herauszufinden, was sie für sinnvolle Maßnahmen halten und wo sie sich Verbesserungen wünschen. Die AG befasst sich darum mit einer großflächig angelegten Umfrage, bei der die Jugendlichen aktiv mit einbezogen werden und somit mitreden können, bevor eine konkrete Idee ausgearbeitet wird. Diese Umfrage soll 2022 lanciert werden.

g. AG Aktuelle Themen

Die AG Aktuelle Themen beschäftigte sich vor Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 mit der Organisation der Veranstaltung „Wat willstste?“. Das Ziel der Veranstaltung wäre es gewesen, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben sich einerseits beruflich, aber andererseits auch philosophisch und nachhaltig zu orientieren. Leider musste sie aufgrund von Corona abgesagt werden. Somit tagte die AG erst einmal nicht mehr.

Im Frühjahr 2021 wurde die AG reaktiviert und in der Zwischenzeit stellte sie fest, dass durch die Corona-Pandemie mittlerweile andere Themen aktueller geworden sind. So sind vor allem die psychischen Auswirkungen auf Jugendliche durch die Corona-Pandemie zur Sprache gekommen.

Die Jugendlichen in Ostbelgien blicken auf eine stressige Zeit zurück, die durch Home-Schooling und ohne Freizeitaktivitäten besonders herausfordernd war. Aber was bedeutet Stress überhaupt? Wie viel Stress ist zu viel? Wie kann ich Stress vorbeugen oder handeln, wenn er akut ist? Fragen, die Jugendliche sich nicht nur während einer Pandemie stellen sollten und somit Fragen, für die die AG einen konkreten Lösungsweg suchen möchte.

Darum hat die AG sich zum Ziel gesetzt, einen Workshop zum Thema „Stress und Stressbewältigung“ mit dem Namen „Lässig statt stressig“ an einem Wochenende im Frühjahr 2022 anzubieten. Die oben erwähnten Fragestellungen sollen im Rahmen des Wochenendes erarbeitet werden – das Thema wird dazu von einem Referenten oder einer Referentin begleitet werden. Zuzüglich sollen verschiedene weitere Referent*innen eingeladen werden, die verschiedene Aktivitäten zur Stressbewältigung anbieten. Die Teilnehmenden nutzen dabei den Austausch untereinander und mit den Referent*innen, um abschließend die erhaltenen Tipps und Tricks mit weiteren interessierten Jugendlichen zu teilen.

h. AG Balltaxi

Der RDJ wurde im November 2018 durch Ministerin Isabelle Weykmans um die Überprüfung der Gültigkeit des „Balltaxi“-Konzepts bei Abendveranstaltungen gebeten. Das Ziel dieses Konzepts ist es, Jugendlichen einen vergünstigten Tarif bei der Nutzung von Taxi-Fahrten nach besonderen Abendveranstaltungen zu ermöglichen. Bei einer positiven Erkenntnis sollte sich der RDJ die Frage stellen, in welcher Form das Projekt weitergeführt werden soll bzw. ob es ein alternatives, neues Konzept bei der Umsetzung der Idee benötigt.

Zur Ausarbeitung der Anfrage hat der RDJ die AG Balltaxi ins Leben gerufen, die im Sommer 2019 eine Umfrage bei den Jugendlichen in Ostbelgien durchgeführt hat. Dabei kam heraus, dass die bisher

gültigen Konzepte (die AG hat sich auch mit weiteren Angeboten wie z.B. „CoolTour“ beschäftigt) erst einmal zurückgestellt und eine neue Grundlage erarbeitet werden soll.

Aus dem Grund, dass eine sehr hohe Zahl der Befragten angab, dass sie eine App für ein entsprechendes Mobilitätsangebot verwenden würden, arbeitete die AG einen Konzeptvorschlag zur Erstellung und Verwendung einer digitalen App aus. Diese soll Jugendlichen die Möglichkeit geben, einen sicheren Transport, ohne großen administrativen wie finanziellen Aufwand, zu erhalten. Da die Mobilität von Jugendlichen im ländlichen Raum im direkten Vergleich zum städtischen Umfeld entscheidend eingeschränkt ist, sollen weitere Freizeitaktivitäten mit eingeschlossen werden. Auf dieser App sollen Ehrenamtliche (Fahrer*innen) und Jugendliche (Mitfahrer*innen) interagieren und verbesserte Absprachen treffen können, sodass die Jugendlichen spontan, günstig und sicher zu Freizeitaktivitäten ihres Bedürfnisses nach hin- und zurückkommen. Auf eine kommerzielle Vergütung sollte dabei verzichtet und durch das „Pay-what-you-want-Prinzip“ ersetzt werden. Zudem soll die Sicherheit im Vordergrund stehen. Zur Ausarbeitung empfahl die AG mit bereits bestehenden Apps zusammenzuarbeiten und auch die Polizei in die Überlegungen zur Sicherheit miteinzubeziehen.

Im Rahmen der Konzepterarbeitung wurde durch die AG Balltaxi auch die Fahr mit VoG kontaktiert, die wertvolles Feedback beisteuern konnte.

Das Konzept wurde im Juli 2021 bei der Ministerin eingereicht. Bis auf eine Vorstellung des Konzepts in der AG Dorfentwicklung im Rahmen von REK III gab es keine weiteren Rückmeldungen.

i. AG zur Konferenz zur Zukunft Europas

In der Konferenz zur Zukunft Europas, in der Europäer*innen die Möglichkeit haben, Herausforderungen und Prioritäten für die Zukunft Europas zu nennen, sollten junge Menschen eine wichtige Rolle spielen. Darum wurde im RDJ eine Arbeitsgruppe dazu gegründet. Diese befasste sich einerseits mit den verschiedenen Themen und ließ diese auf die vorgesehene Plattform einfließen. Auch konnte der RDJ einen Vertreter für die belgische Delegation bei einer Plenarversammlung in Straßburg benennen und die Ideen vor Ort einbringen. Andererseits plant die Arbeitsgruppe eine eigene Veranstaltung für Januar 2022, um die Meinung der jungen Ostbelgier*innen zur Zukunft Europas einzuholen.

j. NWG (national working group, nationale Arbeitsgruppe zum EU-Jugenddialog)

• 7. Zyklus

Das neue Mandat startete in der zweiten Hälfte des 7. Zyklus des EU-Jugenddialogs unter dem Motto „Chancen für junge Menschen schaffen“. Zu dem Zeitpunkt wurden die Umfragen von 500 ostbelgischen Jugendlichen ausgewertet. Entstanden sind daraus fünf Forderungen:

1. Eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben
2. Eine ausgeglichene Work-Life-Balance
3. Mehr Flexibilität durch öffentliche Verkehrsmittel
4. Schluss machen mit dem negativen Dorfimage
5. Mehr Mitspracherecht beim Thema Klimaschutz

Die ostbelgischen Ergebnisse wurden durch die Jugendvertreterin Marie Dolders auf die europäische Ebene transportiert, indem sie auf der Jugendkonferenz in Zagreb mit anderen Jugendvertreter*innen und Entscheidungsträger*innen diskutiert hat. Auf Basis der Umfrageergebnisse aller Länder wurden Probleme, Schwierigkeiten und Hindernisse identifiziert und Lösungsansätze ausgearbeitet.

Zudem wurden die Ergebnisse auch mit politischen Entscheidungsträger*innen in Ostbelgien diskutiert. So haben sich einige NWG-Mitglieder am 18. Februar 2020 mit den Mitgliedern des Ausschuss II des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umfrageergebnisse ausgetauscht.

Mit dem Zyklusende konnte die NWG zwei abschließende Produkte erstellen. Das Handbuch „Karriere in Ostbelgien?!“ fasste einerseits die Ergebnisse des 7. Zyklus auf europäischer Ebene mit besonderem Fokus auf die ostbelgische Situation zusammen. Ziel des Handbuches ist es, dass junge Menschen sich nicht mehr zwischen Karriere oder Wohnen in Ostbelgien entscheiden müssen, sondern dass sie eine Karriere in Ostbelgien starten können. Darum zählt das Handbuch Empfehlungen in fünf verschiedenen Bereichen in Bezug auf das Arbeitsleben auf:

- Vorbereitung auf das Berufsleben optimieren
- Diskriminierung und Ungleichheit bekämpfen
- Gute Arbeitsbedingungen bieten
- Lebensqualität vor Gehalt stellen
- Ländlichen Raum attraktiv gestalten

Das Handbuch wurde an politische Entscheidungsträger*innen, relevante Einrichtungen und Arbeitgeber weitergeleitet. Es ist auch ein Referenzdokument für den Jugendstrategieplan 2023-2027.

Andererseits ermöglichte ein Abschlussvideo den Rückblick auf den 7. Zyklus. Drei Teilnehmende des EU-Jugenddialogs in Ostbelgien und Europa ließen den Zyklus Revue passieren und sprachen von Europäischen Jugendkonferenzen, der ostbelgischen Umfrage und was ihnen das Engagement für den EU-Jugenddialog gebracht hat.

• **8. Zyklus**

Der 8. Zyklus des EU-Jugenddialogs startete im Juli 2020 und setzte das Jugendziel 9 „Räume und Beteiligung für alle“ in den Fokus. Dabei teilte sich der Zyklus in eine Dialogphase (Juli 2020-Januar 2021) und eine Umsetzungsphase (Februar 2021-August 2021) auf. In der Dialogphase war es die Aufgabe der NWG, Meinungen von Jugendlichen mit Hilfe von Dialogaktivitäten zu sammeln. In der Umsetzungsphase ging es darum, auf die gesammelten Meinungen der jungen Menschen zu reagieren und Prozesse anzustoßen, um eine bessere Jugendbeteiligung zu erreichen.

Durch die Corona-Pandemie fand die erste europäische Jugendkonferenz unter der Präsidentschaft Deutschlands im September online statt. Der europäische RDJ-Vertreter, Samuel Deneffe, hat an der Jugendkonferenz teilgenommen. In Form von Diskussionen in Kleingruppen konnte sich während der ersten Jugendkonferenz an das Thema herangetastet werden.

In Ostbelgien wurde es aufgrund der Corona-Lage kritisch, physische Dialogaktivitäten organisieren zu können. Darum wurden im November und Dezember 2020 sechs Online-Austausche mit politischen

Entscheidungsträger*innen organisiert, um mit Jugendlichen darüber zu diskutieren, wie sie sich an politischen Entscheidungen beteiligen möchten und was sie dazu brauchen. Die Austausche unter dem Motto „Jugendbeteiligung – aber wie?“ mit Katrin Jadin, Isabelle Weykmans, Oliver Paasch, Karl-Heinz Lambertz und dem Institut für Demokratiepädagogik fanden in kleinen Runden mit der Unterstützung eines Moderators statt. Insgesamt nahmen 27 Jugendliche an den einstündigen Austauschen teil. Zudem wurde im Januar 2021 noch eine Social-Media-Aktion zum Thema organisiert, um weiteren Input zum Thema zu sammeln.

In der Dialogphase in Ostbelgien konnte festgestellt werden, dass junge Menschen vor allem mehr politische Bildung in der Schule und mehr Austausch zwischen Jugend und Politik brauchen, um sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Die Ergebnisse wurden an die Politiker*innen weitergeleitet und über die RDJ-Kanäle verbreitet.

Im März fand die zweite Jugendkonferenz unter der EU-Ratspräsidentschaft von Portugal aufgrund der Corona-Krise online statt. Dies ermöglichte auch die Teilnahme von zwei ostbelgischen Jugendvertretern: Samuel Deneffe und Raphael Böhnke. Gemeinsam wurde über die Ergebnisse der Dialogphase in allen Ländern gesprochen und Lösungsansätze für die festgestellten Schwierigkeiten erarbeitet. Diese konnten auch mit Entscheidungsträger*innen besprochen werden.

Ende März fand im Rahmen des EU-Jugenddialogs auch die Podiumsdiskussion „Wie geht denn Politik, besonders in Krisenzeiten?“ statt, die der RDJ mit weiteren Partnern organisiert hat. Mehr Informationen dazu befindet sich unter Punkt 4 „Kooperationen“.

Die Nationale Arbeitsgruppe kümmerte sich darum, eine Online-Umfrage, die es im Rahmen der Dialogphase zum Thema gab, in ihren Netzwerken zu verbreiten. Diese wurde diesmal europäisch gesteuert, sodass es schwieriger war, junge Menschen in Ostbelgien zu erreichen. Leider lassen sich die Ergebnisse nur pro Land und nicht pro Gemeinschaft unterscheiden, sodass die Zahlen keinen Aufschluss über die ostbelgische Jugend geben können.

Aufbauend auf den Ergebnissen der ostbelgischen Dialogphase hat der RDJ mit hiesigen Politiker*innen das Gespräch gesucht. So wurde sich mit Bildungsministerin Lydia Klinkenberg über die aktuellen Pläne der strukturellen Einbindung politischer Bildung im Unterricht ausgetauscht. Auch ist im Gespräch mit Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz der Prozess zur Entstehung eines Jugendparlaments entstanden, dessen Planungen der RDJ unter der Federführung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt.

Im Sommer 2021 wurden drei Podcast-Folgen zum Thema „Jugendbeteiligung“ mit Vertreter*innen des RDJ und der Jungparteien aufgenommen. Ziel der Podcasts ist es, jungen Menschen aufzuzeigen, wie sie sich in Ostbelgien politisch engagieren und was sie damit bewirken können. Die drei Folgen des Video-Podcasts wurden im September auf Spotify und YouTube veröffentlicht und zählten im September insgesamt rund 750 Aufrufe. Das Feedback der Jugendlichen zum Podcast war durchweg positiv. Damit hat der Jugendrat neue Kommunikationsformate ausprobiert, die er für zukünftige Projekte weiter nutzen kann.

An der europäischen Jugendkonferenz in Slowenien Ende September nahm Samuel Deneffe online teil. In Kleingruppen und mit Hilfe von Diskussionen mit Entscheidungsträger*innen konnten die

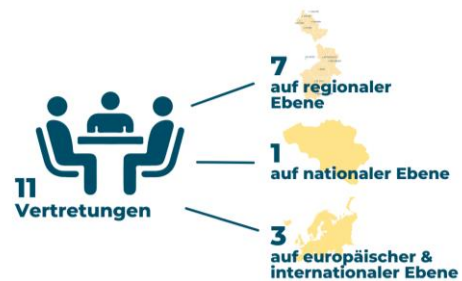
Jugendvertreter*innen verschiedene Forderungen an die europäischen Institutionen ausarbeiten, bspw. zu politische Bildung oder Wählen ab 16.

Die nationalen Arbeitsgruppen richten diese Forderungen an die Entscheidungsträger*innen in ihrem Land. So arbeitet auch die NWG des RDJ die Ergebnisse des Zyklus in Ostbelgien und in Europa in Form eines Faltblattes aus und leitet diese an die zuständigen Akteure weiter.

Die Nationale Arbeitsgruppe zählte zum Ende des Mandats fünf ehrenamtliche Mitglieder, die von einer Vertreterin des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und einem Vertreter der Nationalagentur Erasmus+ und ESK beraten werden. Die Arbeitsgruppe wird durch das Personal des RDJ koordiniert und unterstützt. Das Personal kümmert sich auch um die Anträge und Endberichte zum EU-Jugenddialog bei der Europäischen Kommission, nimmt an Treffen aller europäischen NWGs teil und tauscht sich regelmäßig mit den belgischen NWGs aus.

3. Vertretungen

Der RDJ ist in verschiedenen Gremien aktiv, um dort die Interessen der Jugendlichen zu vertreten und in ihrem Sinne zu handeln. Es gibt Vertretungen auf gemeinschaftlicher, nationaler und europäischer/internationaler Ebene.



a. Jugendbüro

Der RDJ stellt ein Verwaltungsratsmitglied im Jugendbüro, welches als Dienstleistungsanbieter für den Jugendbereich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens fungiert und als Vernetzungsort für die Jugendarbeit und deren Weiterentwicklung eine zentrale Bedeutung für den RDJ hat.

Hauptaufgabe des Verwaltungsrates (VWR) ist es, neben entsprechender Qualitätsmerkmale insbesondere strategische Ziele für die verschiedenen Wirkungsbereiche zu erarbeiten. Letztere umfassten in den letzten beiden Jahren sowohl die Fortführung der Umsetzung der im Oktober 2018 eingesetzten Inneren Ordnung sowie Arbeitsordnung, die Positionierung des Jugendbüros im Rahmen seines 20-jährigen Bestehens, die Fortführung der Optimierung der Personalentwicklung und -politik, die Evaluierung der Organisationsstruktur und Finanzsituation als auch die Schaffung einer Basis zur Umsetzung der EU-Programme während der Programmperiode 2021-2027. Als weiterer Kernpunkt wurde zudem die Positionierung des Jugendbüros aufgrund der Veränderungen des Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit und die Ausarbeitung eines Konzepts zur zukünftigen zentralen Rolle im Bereich der Offenen und Mobilen Jugendarbeit vorgesehen.

b. Jugendkommission

Auf Grundlage des Jugenddekrets hat der RDJ einen festen Sitz in der Jugendkommission.

Die Arbeit der Jugendkommission konzentrierte sich auf die Begutachtungen von Aus- und Weiterbildungen für Fachkräfte & Ehrenamtliche des Jugendsektors in Ostbelgien. Gemeinsam wurden Anträge zu Aus- und Weiterbildungen für Jugendliche auf Inhalte und Budgets geprüft, besprochen und genehmigt. Zudem wurden auch Gutachten zur Einstellung von Jugendarbeiter*innen erstellt. Die

Jugendkommission organisierte eine Weiterbildung für Fachkräfte der Jugendarbeit: die Ausbildung zum/zur Praktikumsbegleiter*in für Fachkräfte der Jugendarbeit.

Des Weiteren beauftragte das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft den RDJ im Jahr 2020 mit der Organisation und Durchführung der Grundausbildung zum/zur ehrenamtlichen Jugendleiter*in und seit 2021 führt er diese auch strukturell durch. Dadurch fiel der Jugendkommission ein großer Baustein weg.

Darüber hinaus startete die Jugendkommission im Zeitraum des ersten Lockdowns der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 eine Umfrage, um die Bedürfnisse des Jugendsektors für die Zukunft festzustellen. Somit lag hier eine komplette Übersicht der Problematiken junger Menschen sowie eine Bestandsaufnahme des Jugendsektors in Zeiten der Coronakrise vor, die die Jugendkommission auch bei der Ministerin vorstellen durfte. Zudem wurde die Jugendkommission innerhalb des zweiten Lockdowns im Winter 2020-2021 von einem Sonderausschuss des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu eingeladen, eine eigene Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der Covid-19-Pandemie abzugeben und an einer Anhörung teilzunehmen.

Die neue Sitzungsperiode von 2021-2024 begann im Juli 2021 und endet im Juni 2024. Der RDJ ist weiterhin mit einem festen Platz vertreten.

c. IAWM

Der RDJ hat einen festen Sitz inkl. Stimmrecht im VWR des IAWM. 2019-2021 ging es vor allen Dingen um die Coronakrise, die Fusion der beiden ZAWMs, die Erhöhung der Lehrlingsentschädigung und die Einführung und Weiterentwicklung von Lehrprogrammen.

d. Kaleido

Der RDJ hat einen festen Sitz im VWR von Kaleido. Im vergangenen Jahr ging es neben Personalangelegenheiten vor allem um die Bewältigung der Coronakrise und die psychosozialen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche.

e. Steuergruppe Digitale Jugendarbeit

Nachdem es im März 2019 ein Rundtischgespräch mit verschiedenen Akteuren aus dem Jugendbereich und der Ministerin gab, wurde eine Steuergruppe zur Digitalen Jugendarbeit einberufen, die im Rahmen des REK III-Teilprojekts „Digitale Jugendarbeit“ tagt. Auch der RDJ hat einen Sitz in der Steuergruppe.

In den ersten Treffen der Steuergruppe ging es darum, gemeinsam über eine erste Bestandsaufnahme zur digitalen Jugendarbeit in Ostbelgien zu sprechen. Die Bestandsaufnahme in Form einer quantitativen und qualitativen Analyse der Medienkompetenzen der Jugendeinrichtungen in Ostbelgien ist dem Institut für Kinder- und Jugendhilfe der Fachhochschule Nordwestschweiz anvertraut worden. Zur Analyse fand eine Online-Umfrage im Frühjahr 2020 mit anschließender Auswertung statt. Im Herbst 2020 wurde ein Workshop organisiert, bei dem mit Vertreter*innen der Jugendeinrichtungen Handlungsfelder für die Jugendarbeit in Ostbelgien entwickelt wurden. In einem Endbericht wurden die Ergebnisse veröffentlicht und im Juni 2021 den Jugendeinrichtungen und

weiteren Interessierten in einer Online-Veranstaltung, mit verschiedenen Workshops zur digitalen Jugendarbeit vorgestellt.

f. Steuergruppe Jugendbericht

Im Dekret zur Förderung der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist festgehalten, dass alle fünf Jahre ein Jugendbericht zur Erfassung der Lebenssituation der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt und veröffentlicht wird. Als Grundlage für diesen Jugendbericht dient eine entsprechende Studie, die von einem wissenschaftlichen Institut durchgeführt wird. Die Regierung beteiligt die geförderten Jugendeinrichtungen und auch den RDJ innerhalb einer Steuergruppe daran.

In diesem Mandat hat nur ein Treffen im Rahmen der Steuergruppe zum Jugendbericht stattgefunden. Dieses diente zur Vorstellung des Prozesses des kommenden Jugendberichts, der in 2023 erscheinen soll. Zunächst wird dazu ein Monitoring aktueller Daten und Fakten in Bezug auf junge Ostbelgier und anschließend eine Studie zum „Wohlbefinden Jugendlicher und junger Erwachsener in Ostbelgien“ durchgeführt.

g. Begleitausschuss „Auf das echte Leben vorbereiten“

Im März 2021 tagte zum ersten Mal der Begleitausschuss „Auf das echte Leben vorbereiten“, der im Rahmen des dritten Regionalen Entwicklungskonzeptes und auf Initiative der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hin entstanden ist. Der Begleitausschuss besteht aus wesentlichen Akteuren des Bildungswesens und Vertreter*innen aus verschiedenen Organisationen und fungiert als Denkfabrik für eine optimierte schulische Berufswahlvorbereitung und -orientierung. Ein Vertreter des RDJ, zunächst Christian Recker und dann Ben Reinartz, hat an den Treffen teilgenommen und die Meinung des RDJ zum Thema miteinfließen lassen.

h. J-Club/Intrabelgische Treffen

Gemeinsam mit den beiden anderen belgischen Jugendräten, Forum des Jeunes (FJ) und Vlaamse Jeugdraad (VJR), berät der RDJ über anstehende Projekte, aktuelle Themen und europäische Angelegenheiten. Die Treffen, die ca. alle zwei Monate stattfinden, ermöglichen einen Austausch von Best Practices und lassen evtl. Kooperationsmöglichkeiten entstehen. Zudem stehen föderale Angelegenheiten, der EU-Jugenddialog, das Europäische Jugendforum und UN-Angelegenheiten auf der Tagesordnung, um sich darüber auszutauschen und ggf. gemeinsam Stellung zu beziehen.

Ein wichtiges Thema während dieses Mandats war die belgische EU-Ratspräsidentschaft 2024. Als Jugendräte sind wir in die Vorbereitung involviert, da im Rahmen des EU-Jugenddialogs die Europäische Jugendkonferenz stattfindet. Gemeinsam haben wir über die wichtigsten Punkte beraten und diese an die Ministerien weitergeleitet.

Zudem tauschen sich die europäischen Vertreter*innen der drei Jugendräte im Rahmen des J-Club vor den Versammlungen des Europäischen Jugendforums aus. Auch nahmen sie gemeinsam am European Youth Event im Oktober 2021 in Straßburg teil.

Neben den Austauschen innerhalb der drei belgischen Jugendräte fand halbjährlich ein Austausch zwischen den belgischen Jugendministerien, Nationalagenturen für Jugend und Jugendräten statt. An

diesem hat der RDJ teilgenommen, um über den aktuellen Stand im Jugendsektor auf belgischer, europäischer und internationaler Ebene informiert zu bleiben und verschiedene Sichtweisen einzuholen.

i. European Youth Forum (YFJ) & BICC

Der RDJ ist Mitglied im Europäischen Jugendforum (YFJ), welches sozusagen die Lobbyorganisation für Jugendrechte ist. Zwei Mal im Jahr werden auf den Versammlungen in Brüssel oder in der jeweiligen Europäischen Jugendhauptstadt Themen für die europäische Jugend gesetzt und Empfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen ausgearbeitet, auf die sich die nationalen Jugendräte stützen können.

Zu den Treffen des YFJ schickt der RDJ eine/n europäische/n Vertreter*in, den/die der Jugendrat über ein Bewerbungsverfahren für ein Mandat von 2 Jahren bestimmt. Bis Ende 2019 war dies Andreas Lejeune, ab 2020 hat Samuel Deneffe die Rolle übernommen. Wegen der Corona-Pandemie wurden die Treffen ab März 2020 virtuell oder hybrid organisiert.

Als beobachtendes Mitglied hat der RDJ somit kein Stimmrecht. Da Belgien sich allerdings eine Stimme teilt und der flämische und französischsprachige Jugendrat sich über ihre Wahl einig sein müssen, hat der RDJ im Rahmen des J-Clubs die Möglichkeit, sich mit den beiden Jugendräten auszutauschen. Darum findet vor den eigentlichen YFJ-Treffen auch immer ein J-Club-Treffen statt.

Der/die europäische Vertreter*in des RDJ nimmt auch an den Meetings der BICC (Benelux Islands Central Cooperation) teil. Dies ist ein Zusammenschluss von verschiedenen nationalen Jugendräten, die Mitglied im YFJ sind. Hier werden die anstehenden Themen der Versammlung des Europäischen Jugendforums besprochen und versucht, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden, um bei den Versammlungen mit einheitlicher Stimme aufzutreten. Auch der Austausch zwischen den Jugendräten ist ein wichtiger Teil dieser Treffen.

In den zwei Jahren wurden verschiedene Stellungnahmen bspw. zur Zukunft der Arbeit verabschiedet, ein neuer Generalsekretär und ein neues Board gewählt und über verschiedene Mitgliedsanträge abgestimmt.

j. Side Event des High Level Political Forum der Vereinten Nationen

Der RDJ ist an den Tätigkeiten der Vereinten Nationen (VN) im Bereich Jugend kaum bis gar nicht involviert. Als der RDJ von den anderen belgischen Jugendräten gefragt wurde, an der Organisation des belgischen Side Event im Rahmen der High Level Political Forum der VN teilzunehmen, fand der RDJ dies als Chance, herauszufinden, ob solch eine Vertretung für den RDJ interessant und machbar ist.

Solche Side Events werden von der VN organisiert, um verschiedenen Gruppen oder Ländern eine Bühne für aktuelle Themen zu bieten. Das Durchführen eines belgischen Events ist eine Art Tradition geworden und findet eigentlich in der belgischen Botschaft in New York statt. Mit den beiden anderen belgischen und weiteren nationalen Jugendräten wurde das Thema „Wirtschaftliche Ausgrenzung von jungen Erwachsenen in der Arbeitswelt“ in den Mittelpunkt gestellt und eine Talkshow in Brüssel organisiert. Das Gespräch mit vier hochrangigen Gästen, unter anderem Lena Yuliana von der

Indonesischen Handelsunion und Tina Hocevar, Vize-Präsident des Europäischen Jugendforums, wurde live gestreamt. Das Resultat der Diskussion waren wirtschaftliche und soziale Empfehlungen für das anstehende High Level Political Forum der VN.

Diese interessante Erfahrung konnte der RDJ mitnehmen, weil das Side Event ausnahmsweise in Brüssel und nicht in New York stattfand. Es wurde allerdings geschlussfolgert, dass die zeitlichen und personellen Ressourcen es nicht ermöglichen würden, die Organisation solch einer Veranstaltung und die dazugehörige Vertretung auf Ebene der VN zu stemmen.

k. European Youth Work Convention

Der RDJ hat an der dritten European Youth Work Convention (EYWC) teilgenommen, die sich mit der Umsetzung des strategischen Rahmens zur Jugendarbeit, der sog. European Youth Work Agenda, beschäftigt hat. Insgesamt haben über 1.000 Teilnehmende aus rund 50 Ländern an der EYWC teilgenommen, die aufgrund der Corona-Pandemie über eine digitale Plattform stattgefunden hat. Akteure der Jugendarbeit und Jugendpolitik haben von zuhause aus in Kleingruppen darüber diskutiert, welche konkreten Aktionen entstehen sollten, damit Jugendarbeit gestärkt und verbessert wird. Endergebnis der EYWC war die Abschlusserklärung, die in verschiedenen Bereichen festhält, in welche Richtung die Jugendarbeit in Europa weiterentwickelt und auf welche Situationen sie vorbereitet werden sollte.

Alle nationalen Delegationen wurden abschließend mit dem Auftrag entlassen, den sogenannten Bonn-Prozess zu starten: Die gesammelten Erkenntnisse sollten in den Regionen genutzt und multipliziert werden, sodass die Jugendarbeit bis zur nächsten EYWC im Jahr 2025 verbessert wird. Die ostbelgische Delegation bestehend aus dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dem Jugendbüro mit der Nationalagentur Erasmus+ / ESK und der offenen Jugendarbeit sowie dem RDJ befindet sich aktuell in Bearbeitung einer Situationsanalyse, um mögliche Verbesserungspotentiale zu identifizieren und anschließend zu bearbeiten.

4. Kooperation

a. Europäischer Freiwilligendienst

Der RDJ unterstützt die Jugendarbeiter*innen als Partner, damit diese europäische Freiwillige aufnehmen können. Der/die Jugendliche wird also über den RDJ angenommen und dann in die verschiedenen Jugendeinrichtungen geschickt. So hat der RDJ seitdem fünf Freiwillige aufgenommen, die teilweise im RDJ und teilweise in der OJA aktiv waren.

Von September 2019 bis März 2020 hat der RDJ Annika Filippis aus Deutschland empfangen. Sie hat den RDJ zwei Tage in der Woche unterstützt und dabei administrative Aufgaben sowie die Planung und Durchführung von Veranstaltung übernommen. Aufgrund der Corona-Pandemie hat sie ihren Freiwilligendienst vorzeitig beenden müssen.

b. Podiumsdiskussion in „Leichter Sprache“

• 2020

Auch außerhalb des Wahljahres sollte die Podiumsdiskussion Politik bei jungen Menschen zum Thema machen. Darum haben das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Institut für Demokratiepädagogik, die Jugendinformationszentren JIZ und Infotreff, Ocarina, Alteo und der RDJ die

Podiumsdiskussion "Wie geht denn Politik?" am 11. März 2020 für Schüler*innen ab dem 5. Sekundarschuljahr organisiert.

Rund 300 Sekundarschulschüler*innen aus Eupen, Kelmis und St. Vith nahmen im Rahmen ihres Unterrichts an der Podiumsdiskussion in der PDS Aula teil. Colin Kraft (CSP), Andreas Jerusalem (Ecolo), Isabelle Weykmans (PFF), Oliver Paasch (ProDG) und Charles Servaty (SP) haben als Vertreter*innen ihrer Partei den jungen Menschen Rede und Antwort gestanden.

Thematisch stand diesmal der politische Prozess im Vordergrund: Wie gehen die Politiker*innen vor, um eine Mehrheit zu bilden? Welche Rolle spielt die Opposition? Was ist der Alltag eines/r Politiker*in? Die anwesenden Podiumsgäste waren, wie im Vorjahr, dazu angehalten, verständliche Sprache zu nutzen und hatten eine begrenzte Redezeit von 15 Minuten. Zusätzlich konnten die Jugendlichen per Smartphone aktiv an der Diskussion teilnehmen und anonym ihre Meinung abgeben, als auch am Ende einzelne Fragen an die Entscheidungsträger*innen stellen.

Diese erfolgreiche Veranstaltung stieß bei den Schulen auf großes Interesse und verdeutlichte, dass junge Menschen sich für Politik interessierten und gerne noch mehr Fragen gestellt hätten.

• 2021

Auch 2021 sollte die Podiumsdiskussion, trotz Corona, jungen Menschen die Möglichkeit bieten, komplizierte Prozesse von politischen Entscheidungsträger*innen erklärt zu bekommen und Fragen zu stellen. Aus dem Grund wurde die Veranstaltung durch das Organisationsteam bestehend aus Alteo, dem Institut für Demokratiepädagogik, den Jugendinformationszentren, dem RDJ und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den digitalen Raum verlegt. Im Rahmen des EU-Jugenddialogs fand die Veranstaltung mit der Unterstützung des Programms Erasmus+ der Europäischen Union statt.

Diesmal stand die Frage „Wie geht denn Politik, besonders in Krisenzeiten?“ im Fokus: Wie hat die Krise die Politik verändert? Gibt es nur noch Corona oder was ist mit anderen Themen? Welche Auswirkungen hat die Krise auf die Zukunft der Jugendlichen? Colin Kraft (CSP), Inga Voss-Werding (Ecolo), Gregor Freches (PFF), Oliver Paasch (ProDG), Charles Servaty (SP) und Michael Balter (Vivant) versuchten mit einer begrenzten Redezeit von 15 Minuten und der Nutzung von verständlicher Sprache, diese Fragen zu beantworten.

Während sie sich physisch im Plenarsaal mit Hygieneabstand versammelten, haben rund 200 junge Teilnehmende per Youtube-Livestream an der Veranstaltung teilgenommen. Sie alle konnten mit Hilfe von Mentimeter ihre Meinung ins Parlament bringen. 15 Klassensprecher*innen waren per Zoom auf die Leinwand im Plenarsaal zugeschaltet und hatten abschließend die Möglichkeit, stellvertretend für ihre Klasse Fragen zu stellen.

Nach der Veranstaltung erhielt das Organisationsteam die Rückmeldung, dass die jungen Menschen sich mehr Austauschzeit mit den Entscheidungsträger*innen gewünscht hätten und noch viele Fragen unbeantwortet blieben. Um auf dieses Feedback zu reagieren, wurden die Podiumsgäste im Nachhinein gebeten, einige der Fragen der jungen Menschen zu beantworten, u.a. zu möglichen Lösungen der Krise, zur Impfpflicht oder zur Umweltverschmutzung. Die Videos wurden den Teilnehmenden nachträglich zugesandt.

c. Speak-Up-Kampagne

Speak-up ist ein Bündnis verschiedener Organisationen, die sich dem Kampf gegen Fake News, Hate Speech und Verschwörungsmythen verschrieben haben. Dazu gehören das Institut für Demokratiepädagogik (IDP), das Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Kaleido Ostbelgien, Wegweiser Ostbelgien, der Rat für Erwachsenenbildung (RfE) und der RDJ.

Die Aktion möchte die Meinungsvielfalt und die Diskussionskultur in einem Rahmen der Toleranz und der Vermittlung von fakten-basierten Inhalten fördern. So möchte die Aktion denjenigen, die ihre Meinung sagen möchten, Tools zur Verfügung stellen, damit sie mitmischen können, ohne dabei in endlose Diskussionen verwickelt zu werden. Dazu wurde eine Plakatkampagne erstellt, begleitend von GIFs als nötiges Tool für diejenigen, die nicht länger schweigen und ein Zeichen gegen Fake-News und Hetze im Internet setzen wollen.

Ende Oktober 2021 organisierte das IDP zu dem Thema eine Konferenz mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland und im Anschluss daran einen 1,5-tägigen praktischen Workshop, der sich an die ostbelgische Zivilgesellschaft richtete. Die Bündnispartner, und somit auch der RDJ, nahmen an der Konferenz im Kloster Heidberg teil und nutzen den erhaltenen Input für die alltägliche Arbeit im Bereich Medienbildung.

d. European Youth Week

Ende Mai 2021 fanden im Rahmen der Europäischen Jugendwoche europaweit verschiedene Veranstaltungen und Angebote zum Thema „Unsere Zukunft in unseren Händchen“ für Jugendliche statt, u.a. auch in Ostbelgien. Die Veranstaltungsreihe in Ostbelgien unter dem Motto „Dein Energiekick am Mittag“ organisierte das Jugendbüro mit der Unterstützung der Jugendinfo und des RDJ und bot verschiedene Angebote für Körper, Geist und Seele.

Ziel der Angebote war es, den Jugendlichen in einer stressigen Prüfungszeit die Möglichkeit zu bieten, den Kopf in der Mittagspause frei zu bekommen und neue Energie für den weiteren Tag zu schöpfen. Dazu gab es Live-Cooking, Personal Training, Yoga oder ein lockeres Gespräch mit einer Psychologin. Aufgrund von Corona fanden alle Angebote online statt. Zudem wurden in den Jugendinformationszentren in der Mittagspause gratis Smoothies verteilt.

5. Veröffentlichungen: Standpunkte, Stellungnahme, Gutachten

Auf Anfrage der Regierung oder des Parlaments oder auf Eigeninitiative hin wird im RDJ eine Arbeitsgruppe mit interessierten Jugendlichen einberufen, um ein Gutachten oder eine Stellungnahme auszuarbeiten. Der RDJ hat im XIV. Mandat folgende Stellungnahmen, Standpunkte und Gutachten veröffentlicht:



- Gutachten zum Programmdekret 2019
- Stellungnahme: Der Einfluss der föderalen Maßnahmen im Rahmen von Covid-19 auf Jugendliche der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Stellungnahme zum Gesetz über kommunale Verwaltungssanktionen
- Gutachten zum Programmdekret 2020
- Gutachten zu den Schwerpunktthemen des Jugendstrategieplans III
- Gutachten zur Evaluation des Jugenddekrets
- Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie (inkl. Anhörung im Sonderausschuss COVID-19 des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft)
- Stellungnahme zum Führerscheinerwerb in Ostbelgien
- Stellungnahme zur Mindestentschädigung für Lehrlinge
- Stellungnahme zum föderalen Resolutionsvorschlag „Proposition de résolution visant la mise en place d’une Conférence interministérielle Jeunesse chargée d’élaborer un plan de soutien aux jeunes touchés par la crise du COVID-19“

Alle Veröffentlichungen sind dem Mandatsbericht als Anhang beigelegt.

6. Sonstiges

a. Videobeiträge Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten Oliver Paasch

In seiner Neujahrsansprache 2020 hat der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft einige Jugendliche gefragt, welche Schwerpunkte sie für das kommende Jahr setzen. So beinhaltete die Neujahrsansprache drei Beiträge von RDJ-Mitgliedern, in denen sie sich für eine bessere politische Bildung, für eine nachhaltige Mobilität und für eine optimale Berufsvorbereitung aussprechen.

b. Teilnahme am Schwimmarathon

Der RDJ hat am 30. Januar 2019 an der 24. Auflage des Schwimmarathon teilgenommen. Insgesamt haben acht Jugendliche den RDJ im Eupener Lago Wetzlarbad vertreten und sind dabei stolze 506 Längen für den guten Zweck geschwommen. Natürlich gab es für die Teilnehmenden im Anschluss nicht nur die jährlich verteilten Äpfel, sondern auch ein vom RDJ organisiertes Croissant-Frühstück vor Ort.

c. BDN-Besuch

Anfang des Jahres 2020 hat der Bund deutscher Nordschleswiger (BDN) den RDJ als Gast zu seiner jährlichen Neujahrstagung eingeladen. Verschiedene Mitglieder aus dem RDJ haben auf der Tagung in Flensburg Ostbelgien und den RDJ vorgestellt und kulturelle Leckereien mitgebracht. Der Austausch war für alle Beteiligten eine sehr interessante Erfahrung.

d. TCA zur digitalen Jugendarbeit

Im Januar 2020 hat die Koordinatorin des RDJ an einem TCA (transnational cooperation activity) zum Thema „Youth work in the digital era“ teilgenommen. Während diesem viertägigen Seminar ging es um die Definition der digitalen Jugendarbeit, seinen Platz in der traditionellen Jugendarbeit und den Austausch von Best Practices.

Mit interessantem Input, vielen Eindrücken und verschiedenen Online-Tools kann das erlernte Wissen für die themenbezogenen RDJ-Projekte und für die Steuergruppe zur digitalen Jugendarbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft genutzt werden.

e. Schulbesuche

Der Jugendrat hatte auf Anfrage verschiedener Schulen oder auf Eigeninitiative hin Kontakt mit Schulklassen. Im Januar 2020 empfing der RDJ eine Schulklasse der PDS, um die Funktionsweise des RDJ zu erklären. Durch die Corona-Krise mussten weitere Besuche in Schulklassen leider abgesagt werden.

f. Teilnahme an verschiedenen Jurys

- **Wettbewerb #GibMir1Minute**

Junge Menschen wachsen in einer Gesellschaft auf, in der das Zusammenleben manchmal auf die Probe gestellt wird. Als Teil des #GibMir1Minute-Wettbewerbs fordert Unia jährlich Sekundarschüler*innen auf, ein 1-minütiges Video zur Bekämpfung von Rassismus zu drehen. Schulen, deren Beiträge die Jury überzeugten, wurden mit einem Preisgeld von insgesamt 3.000 Euro belohnt, das zur Umsetzung eines Projekts im Bereich Diversität, Menschenrechte oder Rassismusbekämpfung dienen soll. Im Rahmen dieses nationalen Projektes fungierte der RDJ im Januar 2020 als Jurymitglied und Yannick Ramjoie bewertete unter den 20 Beiträgen unter anderem einen ostbelgischen Videobeitrag.

- **Europa kreativ**

Im Mai 2020 und 2021 besaß der RDJ einen Sitz in der Jury zum Wettbewerb „Europa Kreativ“. Karl-Heinz Lambertz hatte 2013 den Jugendpreis ins Leben gerufen, um das Europabewusstsein der Kinder und Jugendlichen in Ostbelgien zu unterstützen. Dabei konnten in den beiden Jahren einige künstlerische Darstellungen von jungen Menschen mit Preisgeld dotiert werden.

- **Jury nationale Prix Charlemagne – Nationale Jury des Europäischen Karlspreises der Jugend**

Im März 2020 hat der RDJ ein Mitglied in die nationale Jury des Europäischen Karlspreises der Jugend gesendet. Gemeinsam mit weiteren belgischen Jurymitgliedern wurden verschiedene belgische Projekte bewertet und unter ihnen das beste Projekt ausgesucht, das für den Karlspreis nominiert wurde. Die nationalen Preisträger treten dann im europäischen Wettbewerb gegeneinander an.

Der Jugendkarlspreis zeichnet Projekte junger Menschen aus, die das europäische und internationale Verständnis befürworten, die das gemeinsame Gefühl einer europäischen Identität entstehen lassen, und er gibt jungen Menschen die Möglichkeit, Europa als Gemeinschaft praktisch zu leben.

- **Bewerberaufruf Jury Kulturbeutel**

Die Jury „Kulturbeutel“ ist ein Gremium, welches Projekte aller Art von Jugendlichen zwischen 14 und 30 Jahren durch Beratung und finanzielle Mittel unterstützt. Dies ermöglicht das Sammeln von ersten Erfahrungen in der Organisation von Projekten durch junge Menschen. Administrativ und finanziell unterstützt und mit finanziellen Mitteln ausgestattet, wird das Projekt „Kulturbeutel“ durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der RDJ ist nicht Teil der Jury zum „Kulturbeutel“. Der RDJ kommt jedoch seiner Rolle im Rahmen des Dekrets zur Kulturförderung nach, indem er die Bewerbungen begutachtet und die Zusammensetzung der Mitglieder der Jury bestimmt. Im Frühsommer 2021 fand der Aufruf zur Einsetzung der Jury für die nächste Sitzungsperiode (2021-2023) statt und der RDJ bestimmte die Mitglieder.

g. Austausch mit Vizepremierminister Georges Gilkinet

Der Flämische Jugendrat hatte um ein Treffen beim föderalen Vize-Ministerpräsident und Minister für Mobilität – Herr Georges Gilkinet – gebeten, um sich zum Thema „nachhaltige Mobilität“ auszutauschen. Daraufhin wurden alle Jugendräte Belgiens eingeladen, die ihre Forderungen, Anliegen und Fragen in Bezug auf das Thema mit dem Mobilitätsminister besprochen haben. Auch der RDJ hat mit mehreren Vertreter*innen an dem Treffen teilgenommen.

Nachdem Minister Gilkinet den Jugendräten sein politisches Programm vorgestellt hat, kündigte er auch an, dass er sich sehr gerne weiter und regelmäßig mit den Jugendräten austauschen möchte. Dem RDJ bringt das eine zusätzliche Möglichkeit, sich auf föderaler Ebene für die Probleme und Bedürfnisse junger Menschen in Ostbelgien im Bereich Mobilität stark zu machen.

h. Fortsetzung Kontaktaufnahme TEC

Im Juli 2020 erhielt der RDJ ein Antwortschreiben vom Minister für Mobilität der Wallonischen Region Philippe Henry zur kostenlosen Nutzung der TEC für Jugendorganisationen. Henry reagierte auf die Tatsache, dass die KLJ Ostbelgien vom kostenlosen TEC-Transport in der Wallonie nicht profitieren könne, obwohl sie die Bedingungen zur Nutzung von diesem erfülle. In dem Schreiben erwähnt Minister Henry, dass die KLJ einer flämischen Organisation angehört und aus dem Grund nicht durch die Vereinbarung zwischen der Wallonie und der TEC profitieren kann.

Da die KLJ Ostbelgien jedoch eine eigene VoG mit Sitz in Ostbelgien ist und somit auch Teil der Wallonischen Region, hat sich der RDJ in einem weiteren Schreiben im Juli 2021 an Minister Henry erneut dafür eingesetzt, dass die KLJ von dem Angebot profitieren kann.

i. Weiterbildung Freiwilligenmanagement

2021 haben die beiden Koordinatoren an der Online-Weiterbildung „Freiwilligen-Management 2.0 – Neue Wege in die Vorstandsarbeit“ teilgenommen. Grundlagen zum Freiwilligen-Management, Planung und Gewinnung von Ehrenamtlichen, Vereins- und Organisationsentwicklung und die Einbindung und Begleitung von Ehrenamtlichen wurden in vier Lernphasen über Lernmodule, Telefonpartnerschaften und Zoom-Webinare bearbeitet und besprochen.

Dadurch konnte der RDJ sein eigenes Freiwilligenmanagement analysieren und überarbeiten. Gleichzeitig hat der Austausch zwischen den verschiedenen Vereinen und zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen neue Erkenntnisse gebracht, die für das RDJ-interne Ehrenamtskonzept genutzt werden.

j. Projekt „Gegenseitiger Respekt“

Das Projekt „Gegenseitiger Respekt“ ist ein Projekt des Innenministeriums des Föderalstaates zur Prävention und Aufklärung der zunehmenden verbalen wie nonverbalen Gewalt gegenüber von staatlich organisierten Sicherheitsberufen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Stewards, ...). Das

Projekt wird von der Gesellschaft und somit von mehreren Partnern (Föderale Polizei, 112, Unia, Feuerwehr, Justiz, Gemeindeverbände, Jugendräte, ...) getragen. Für den RDJ nehmen regelmäßig und wechselnde 1-2 Vertreter*innen an den Versammlungen teil, die circa 3-4x pro Jahr stattfinden. Die Aufgabe des RDJ ist es, inhaltliches Feedback zu geben zu den vorgeschlagenen Initiativen seitens des Innenministeriums.

k. Öffentlichkeitsarbeit

Über die Webseite www.rdj.be informiert der RDJ regelmäßig über seine Arbeiten. So werden anstehende Projekte beworben, über vergangene Aktionen berichtet, Veröffentlichungen hochgeladen, über Gremien, in denen der RDJ vertreten ist, informiert und Kontaktmöglichkeiten aufgelistet.

Der RDJ hat außerdem einen eigenen Kanal auf [Facebook](https://www.facebook.com/rdj.ostbelgien) und [Instagram](https://www.instagram.com/rdj.ostbelgien) unter [rdj.ostbelgien](https://www.instagram.com/rdj.ostbelgien), auf denen er auf eigene und externe Veranstaltungen hinweist, die relevant für die Jugend in Ostbelgien sein können. Auch werden über diese Kanäle Informationen an Jugendliche verbreitet. Dies war vor allem während der Corona-Krise ein wichtiges Instrument, um junge Menschen zu erreichen.

Zudem nutzt der RDJ den Weg über die Presse, um die breite Gesellschaft auf RDJ-Aktionen aufmerksam zu machen. Auch hat er die Möglichkeit, gemeinsam mit Jugendinfo und dem Jugendbüro die Sendung „Kompass“ im BRF mittwochnachmittags mit einem kurzen Interview mit Inhalten zu füllen.

Seit August 2021 hat der Jugendrat einen eigenen [Youtube-Kanal „RDJ Ostbelgien“](https://www.youtube.com/channel/UC...), über den er Videos zu verschiedenen Themen veröffentlicht. Einen Monat später ist er unter dem gleichen Namen den Weg in die Podcast-Welt gegangen und veröffentlicht von nun an auf Spotify und weiteren gängigen Streaming-Plattformen Folgen des Podcasts „‘ne Soirée“, der in Zukunft für verschiedene Projektmöglichkeiten genutzt werden kann.

7. Anhang

Folgende Anhänge sind dem Mandatsbericht beigefügt:

- Gutachten zum Programmdekret 2019
- Stellungnahme: Der Einfluss der föderalen Maßnahmen im Rahmen von Covid-19 auf Jugendliche der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Stellungnahme zum Gesetz über kommunale Verwaltungssanktionen
- Gutachten zum Programmdekret 2020
- Gutachten zu den Schwerpunktthemen des Jugendstrategieplans III
- Gutachten zur Evaluation des Jugenddekrets
- Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie (inkl. Anhörung im Sonderausschuss COVID-19 des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft)
- Stellungnahme zum Führerscheinerwerb in Ostbelgien
- Stellungnahme zur Mindestentschädigung für Lehrlinge
- Stellungnahme zum föderalen Resolutionsvorschlag „Proposition de résolution visant la mise en place d’une Conférence interministérielle Jeunesse chargée d’élaborer un plan de soutien aux jeunes touchés par la crise du COVID-19“

Eupen, den 2. Dezember 2019

106-2019/ml/RDJ VoG

Gutachten: Programmdekretvorschlag 2019 (II) (Artikel 23)

Auf Anfrage des Parlamentspräsidenten und gemäß Artikel 47 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit, hat der RDJ ein Gutachten zum Programmdekretvorschlag 2019 (Art. 23) zwecks Abänderung desselben Jugenddekrets erstellt.

Aufgrund der internen Geschäftsordnung (§13) des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ), beschließt der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz von Nicolas Pommée und mit der Zustimmung der Mitglieder Carlotta Ortmann, Estelle Pommée, Yannick Ramjoie, Christian Recker und Naomi Renardy einstimmig, folgendes Gutachten abzugeben.

Art. 23 – Übergangsbestimmung

Der RDJ ist mit der Abänderung des Artikels 80 des o.g. Dekrets einverstanden.

Er sieht es als sinnvoll, die durch die Verschiebung gewonnene Zeit für die Umsetzung der Reform des Jugenddekrets zu nutzen, um die Änderungen an die Realität des betroffenen Sektors anzupassen. Auch nimmt der Jugendrat die Maßnahme positiv auf, die Einrichtungen der Jugendarbeit nicht mit dem Aufwand zur Ausarbeitung des Konzeptes zu belasten, der in einem Jahr umsonst sein könnte. Da die Dauer des Förderzeitraums an die Umsetzung des Jugendstrategieplans gekoppelt ist, ist es darum nur ratsam, diese auch um ein Jahr zu verschieben.

Schlussfolgernd wurde in den Augen des RDJ mit der Ergänzung des Paragraf 2 für diesen Moment alle nötigen Anpassungen vorgenommen. Über die zukünftigen Anpassungen des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit muss dann zum gegebenen Zeitpunkt befunden werden.

Für echt und getreu:



Nicolas Pommée
Vorsitzender

Der Einfluss der föderalen Maßnahmen im Rahmen von Covid-19 auf Jugendliche der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Ausgangs- und Kontaktsperre im Rahmen der Covid-19-Maßnahmen hat weitreichende Auswirkungen auf die psychosoziale Gesundheit der Bevölkerung. Auch Jugendliche sind stark von den derzeitigen Einschränkungen betroffen. Sie wurden plötzlich aus ihrer gewohnten sozialen Umgebung in der Schule, mit Freunden, in Jugendeinrichtungen oder in Sportvereinen gerissen. Dies kann einen prägenden Einfluss auf die Identitätsentwicklung und Zukunft der Jugendlichen haben und dazu führen, dass sie vermehrt Zukunftsängste entwickeln und einen psychischen, emotionalen Druck empfinden. Erste Eindrücke hierzu können wir in den bisherigen Rückmeldungen des Sektors wahrnehmen.

Unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Empfehlungen zur Corona-Situation müssen die Maßnahmen der schrittweisen Rückkehr in die Normalität folgerichtig auch den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden. Aus dem Grund richtet sich der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) mit dieser Stellungnahme an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Aktuell herrscht unter jungen Menschen viel Unsicherheit. Es ist festzustellen, dass den Jugendlichen derzeit viele Informationen zur Schule, zum Studium, zur Lehre, zu Ferienjobs, zur Miete von Studentenwohnungen und Vieles mehr fehlen. Aufgrund der Tatsache, dass junge Menschen sich in ihrer Findungsphase ohnehin intensiv mit ihrer Zukunft beschäftigen, machen sich Jugendliche nun vermehrt Sorgen, wie ihre Zukunft aussehen wird.

- **Wir fordern, dass im Schulwesen und in anderen jugendspezifischen Bereichen möglichst zeitnah Entscheidungen getroffen werden, damit sich die Jugendlichen nicht länger als nötig in Ungewissheit befinden. Die Jugendlichen müssen über verschiedene Szenarien informiert werden, damit sie sich auf etwaige Situationen vorbereiten können, auch mental.**

Die Jugendarbeit versucht aktiv, die Unsicherheit der jungen Menschen aufzufangen. Die verschiedenen Jugendeinrichtungen sorgen intensiv dafür, dass die Jugendarbeit in Ostbelgien auch in dieser Krisenzeit fortgesetzt werden kann. Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Jugendarbeiter gehen auf digitalem Wege auf die Jugendlichen zu, um ihnen zu zeigen, dass sie trotz der Maßnahmen für sie da sind. Wir stellen fest, dass die digitale Jugendarbeit eine sinnvolle Ergänzung ist, aber kein Ersatz für den persönlichen Kontakt darstellen kann. Gleichzeitig fehlen derzeit wichtige Bestandteile des gewohnten sozialen Umfeldes, das Halt geben kann und für ein emotionales Gleichgewicht sorgt, um mit alltäglichen Belastungen umzugehen. Gerade in der Jugendphase, in der sich junge Menschen von ihren Eltern lösen, ist es schwierig ein ausgewogenes und gutes Verhältnis zu den Eltern aufrecht zu erhalten. Jugendliche benötigen so schnell wie möglich eine Wiederbelebung anderer Sozialkontakte, Ansprech- sowie Vertrauenspersonen.

- **Wir fordern eine Aufrechterhaltung der außerschulischen Aktivitäten (Jugendtreffs, Jugendferienlager, Sportlager, ...) - unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Empfehlungen.**

Verschiedene Organisationen und Einrichtungen, wie z.B. das BTZ, die Jugendinformationszentren, die Telefonhilfe und Viele mehr, haben ihr Angebot in der derzeitigen Situation bereits erweitert. Jedoch gibt es aufgrund von z.B. mangelnden Ressourcen oder langen Wartelisten stark limitierende Faktoren.

Hierbei ist festzustellen, dass der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Online-Angebot für Jugendliche im Bereich psychischer Gesundheit, psychologischer Beratung und psychiatrischer Betreuung fehlt. Über dieses Instrument könnte ein Erstkontakt durch Jugendliche anonym und online gefördert, eine erste Analyse der Situation ermöglicht sowie eine erste Beratung sichergestellt, bevor die Jugendlichen an die entsprechenden Organisationen weitergeleitet werden.

- **Wir fordern, dass die Regierung in eine vergrößerte Online-Information, Online-Kommunikation und psychologische wie psychiatrische Online-Betreuung von Jugendlichen investiert und sich kurzfristig Lösungen überlegen soll.**

All die oben genannten Forderungen verlangen schnelles Handeln, daher würden wir uns über eine zeitnahe Rückmeldung seitens der Regierung freuen und sind gerne bereit, unseren Teil zur Unterstützung der Jugendlichen beizutragen.

Der Verwaltungsrat des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ)

Föderaler Öffentlicher Dienst Inneres
Generaldirektion Sicherheit & Vorbeugung
Pieter de Crem
Waterloolaan 76
1000 Brüssel

Eupen, den 07. September 2020
067-2020/dj/RDJ VoG

Ihr Zeichen: KVS-Bericht 859284

Betreff: Stellungnahme in Bezug auf Gesetz vom 24. Juni 2013 über die kommunalen Verwaltungssanktionen

Sehr geehrter Herr de Crem,

erst einmal möchte ich mich bei Ihnen im Namen des Rates der deutschsprachigen Jugend bedanken, dass Sie uns ermöglichen, eine Stellungnahme zum Gesetz vom 24. Juni 2013 über die kommunalen Verwaltungssanktionen abzugeben.

Nach der Rücksprache mit unseren Mitgliedern und den Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind uns in den letzten Jahren keine, uns bekannten Vorfälle zu Ohren gekommen. Das führt dazu, dass wir bisher keine Berührungspunkte mit dem Gesetz vom 24. Juni 2013 haben. Aus diesem Grund können wir der Stellungnahme auch keine weiteren Anmerkungen hinzufügen.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Berücksichtigung und verbleibe mit freundlichen Grüßen,



Nicolas Pommée
Vorsitzender des RDJ

Eupen, den 30. November 2020
093-2020/dj/RDJ VoG

Gutachten: Programmdekretvorschlag 2020 (II) (Artikel 29-47)

Auf Anfrage des Parlamentspräsidenten und gemäß Artikel 47 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit, hat der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) ein Gutachten zum Programmdekretvorschlag 2020 (Art. 29-47) zwecks Abänderung des o.e. Jugenddekrets erstellt.

Aufgrund der internen Geschäftsordnung (§13) des RDJ, beschließt der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz von Nicolas Pommée und mit der Zustimmung der Mitglieder Carlotta Ortmann, Estelle Pommée, Yannick Ramjoie, Christian Recker und Naomi Renardy einstimmig, folgendes Gutachten abzugeben. Zusätzlich haben sich folgende Vertreter an seiner Ausarbeitung beteiligt:

Lara Liebertz, Alice Weber

Zunächst möchte der RDJ ausdrücklich betonen, dass er sich hauptsächlich aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammensetzt, für die es sehr schwierig ist, in der relativ kurzen Frist von 40 Tagen, ein Gutachten zu erstellen. Es ist nun zum wiederholten Male vorgekommen, dass der RDJ informell gefragt wurde, das Gutachten eine Woche früher abzugeben. Eine solche Verkürzung macht die Ausarbeitung eines qualitätsvollen Gutachtens nicht einfacher. Der RDJ bittet das Parlament zukünftig, dem RDJ zumindest die Frist von 40 Tagen zu gewähren, um so seiner Arbeit gewissenhaft nachgehen zu können.

Art. 29-37: Administrative Anpassungen zum Träger der Jugendinformation

Der RDJ sieht es als sinnvoll an, dass der Infotreff aufgrund der gegebenen Umstände die Rechtsnachfolge des Jugendinformationszentrums (JIZ) antreten soll und es somit nunmehr einen Träger für Jugendinformation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt. Daher begrüßt der RDJ, dass die Mindestanpassungen im Programmdekretvorschlag 2020 bereits berücksichtigt werden.

Art. 38 und 39: Streichung Prinzip öffentlicher Aufruf bei Weiterbildungen

Der Jugendrat ist mit der Streichung des Prinzips des öffentlichen Aufrufs bei Weiterbildungen einverstanden, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass ausschließlich Jugendeinrichtungen entsprechende Förderanträge gestellt haben.

Art. 40-46: Anpassung Aufgabengebiet des Jugendrates

Des Weiteren befürwortet der Jugendrat die Änderungen des o.e. Jugenddekrets in Bezug auf die Übertragung der Zuständigkeit zur Organisation und Durchführung der Grundausbildung zum/zur ehrenamtlichen JugendleiterIn. Der RDJ freut sich, dass er diese Zuständigkeit erhält. Das zeigt, dass der Jugendrat in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert in Ostbelgien erlangt hat.

Zudem möchte der RDJ sich dafür bedanken, dass die verschiedenen Anregungen im Rahmen der Evaluation des Jugenddekretes, zur Zusammenstellung der Mitglieder im RDJ, zur Konkretisierung des Aufgabengebietes des RDJ sowie zur Präzisierung des Verfahrens bei Gutachten, in den Programmdekretvorschlag 2020 aufgenommen wurden. Diesen Anpassungen stimmt er darum selbstverständlich zu.

Art. 47: Anpassung der Dauer der Übergangsbestimmung

Der Jugendrat ist mit der Veränderung der Dauer der Übergangsbestimmung von ein auf zwei Jahre einverstanden, da die Corona-Krise verantwortlich dafür ist, dass die Konzertierungen zur Evaluation des Jugenddekrets ausgesetzt wurden. Der Jugendrat begrüßt es, dass die Einrichtungen der Jugendarbeit nicht doppelt mit dem Aufwand zur Ausarbeitung der Förderanträge in den Jahren 2021 und 2022 belastet werden.

Schlussfolgernd wurde in den Augen des RDJ für diesen Moment alle nötigen Anpassungen vorgenommen. Über die zukünftigen Anpassungen des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit muss dann zum gegebenen Zeitpunkt befunden werden.

Für echt und getreu:



Nicolas Pommée
Vorsitzender

Eupen, den 16. Oktober 2020

081-2020/ml/RDJ VoG

Gutachten: Schwerpunktthemen des Jugendstrategieplans III

Auf Anfrage der Regierung und gemäß Artikel 4 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit, hat der RDJ ein Gutachten zu den Grundlagen der Schwerpunkte erstellt.

Aufgrund der internen Geschäftsordnung (§13) des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ), beschließt der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz von Nicolas Pommée und mit der Zustimmung der Mitglieder Carlotta Ortmann, Estelle Pommée, Yannick Ramjoie, Christian Recker und Naomi Renardy einstimmig, folgendes Gutachten abzugeben. Zusätzlich haben sich folgende Vertreter an seiner Ausarbeitung beteiligt:
Laura Crott, Mareen Ongenae

Grundsätzliches

Der RDJ bedankt sich für die Möglichkeit, ein Gutachten zum Vorschlag für die Themenschwerpunkte des Jugendstrategieplans III zu erstellen und hat diesen mit voller Aufmerksamkeit durchgelesen.

Zu Beginn weist der Jugendrat darauf hin, dass er es bedauert, dass die Regierung die geförderten Jugendeinrichtungen, Jugendliche und den Jugendrat bei der Festlegung der Themenschwerpunkte beteiligt hat, wie es im Artikel 4 des Jugenddekrets vorgesehen ist. Die Prioritäten des zukünftigen Jugendstrategieplans sollten in Vereinbarung mit den Lebenswirklichkeiten der Jugend in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt werden. Der RDJ hätte sich darum bereits bei diesem ersten Schritt des Jugendstrategieplans eine aktive Beteiligung des Jugendsektors gewünscht.

Er findet, dass die auf der ersten Seite angesprochene Berücksichtigung und Verwendung von Indikatoren ein guter Vorschlag ist. Wir halten dieses strategische Vorgehen für wichtig, da es eine abschließende Evaluation ermöglicht. Dabei möchten wir betonen, dass ausreichend Zeit und Energie in die Evaluation gesteckt werden sollte, damit die Indikatoren langfristig einen Nutzen haben. Dieses Feedback wird für die Planung eines nächsten Jugendstrategieplans sinnvoll sein. Der RDJ ist gespannt darauf, wie die Indikatoren festgelegt und ausformuliert werden, denn diese Frage bleibt noch offen.

Der RDJ unterstützt die Verwendung der Hintergrunddokumente und freut sich, dass viele von ihnen aus der eigenen Feder stammen. Zudem begrüßt er auch die Nutzung der EU Youth Goals, an deren Ausarbeitung neben Jugendliche aus ganz Europa auch der RDJ teilgenommen hat. Auch findet er das angedachte Schema aufschlussreich, denn es zeigt auf einem Blick die verschiedenen Themen auf, mit denen sich in den kommenden Jahren befasst werden sollte.

Auf dem ersten Blick überschneiden sich die Themenschwerpunkte mit den aktuellen Prioritäten des RDJ (Politische Bildung, Medienbildung und Nachhaltigkeit), nur die emotionale Bildung findet keinen Einzug im Jugendstrategieplan. Dies bedauern wir natürlich, weil Jugendliche auch auf emotionaler Ebene die nötige Unterstützung brauchen. Die Erwartungen von Familien, Freunden und von sich selbst steigen mit

zunehmenden Alter. Dieser permanente Druck kann bereits in jungen Jahren zu Überforderung und im schlimmsten Fall zu Burnout, Depressionen oder psychischen Verhaltensstörungen führen. Dieser Druck kommt vielleicht teilweise aus den Medien, die im Themenschwerpunkt „Digitalisierung“ angesprochen werden, aber der RDJ findet, dass der Teil der emotionalen Bildung viel mehr als das ist. Wir würden uns darum wünschen, dass, ähnlich wie beim letzten Jugendstrategieplan 2016-2020, das Thema „Emotionen und Selbstbild“ seinen Platz im zukünftigen Jugendstrategieplan findet.

Dem RDJ fehlt bei den Themenschwerpunkten oftmals etwas Präzision. Die Hintergrunddokumente geben zwar bereits erste Informationen, worauf der jeweilige Themenschwerpunkt aufbaut, allerdings fehlt in dem einen oder anderen Bereich eine wegweisende Richtung, wohlwissend, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt mit den Aktionen genauer betrachtet werden.

Gesellschaftliche Beteiligung

Da Jugendbeteiligung und politische Bildung das Herzstück des RDJ sind, freut er sich natürlich, dass dieser Bereich Berücksichtigung im Vorschlag zu den Themenschwerpunkten des Jugendstrategieplans findet.

Der Jugendrat unterstützt die Idee, einen regelmäßigen Dialog zwischen Jugend und Politik zu organisieren. Das Interesse für Politik steigt, sodass Jugendliche sich mehr mit ihr auseinandersetzen wollen und im direkten Austausch mehr von den Politikern erfahren möchten. So wissen Jugendliche, dass Politiker sich für ihre Meinung interessieren und gleichzeitig können Jugendliche ihre Bedürfnisse und Schwierigkeiten mitteilen und besprechen. Der regelmäßige Dialog zwischen Jugend und Politik ist ein Vorhaben, das auch im aktuellen Aktionsplan des RDJ wiederzufinden ist. Da der RDJ aktiv daran arbeitet und auch arbeiten wird, ist dies ein lobenswerter Aspekt.

Wir möchten jedoch an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es nicht nur beim Dialog bleiben sollte, sondern dass Jugendliche auf diese Weise auch etwas bewirken können.

Es ist eine sehr gute Initiative, Aktionen zu unterstützen, um schwer erreichbare Jugendliche einzubeziehen. Nur weil sie schwer zu erreichen sind, bedeutet das nicht, dass ihre Meinung weniger wert ist. Aus dem Grund begrüßt der RDJ diesen Unterschwerpunkt, mit dem sich auch der Jugendrat in der Vergangenheit immer wieder beschäftigt hat.

Der RDJ begrüßt es, dass politische Bildung zu einem der Schwerpunkte des Jugendstrategieplans gehört. Wenn Jugendliche mehr Kenntnisse über politische Prozesse haben, könnte das Interesse an ihnen entsprechend gesteigert werden. Jedoch besteht aktuell das Problem, dass junge Menschen nicht ausreichend Kompetenzen in dem Bereich besitzen. Darum wird hier auf unsere Studie „Fit fürs Leben – Standpunkt zur Einführung von Bürgerkunde in schulischer und beruflicher Bildung“ (2016) verwiesen, in der der RDJ sich für die Einführung eines Bürgerkundeunterrichts ausspricht. Dies wäre sicherlich ein interessantes Projekt in diesem Schwerpunkt, für das der RDJ für eine mögliche Kooperation bereit wäre.

Im Hintergrunddokument „Sozialraumanalysen 2019 der Offenen Jugendarbeit“ auf Seite 10 hält der RDJ es für schwierig, die Aussage eines Jugendarbeiters so zu interpretieren, dass „[d]ie Jugendarbeiter [...] vermehrt eine Vermittlerrolle zwischen Politik und jungen Menschen einnehmen [wollen]“. Dies benötigt einen intensiveren Blick auf das Kompetenzprofil der Jugendarbeiter und auf die Bedürfnisse der Jugendlichen, insbesondere mit Hinblick auf die Zukunft der Offenen Jugendarbeit, die aktuell durch die Evaluation des Jugenddekrets noch zu klären ist.

Digitalisierung

Die Thematik der Digitalisierung wird immer wichtiger in der aktuellen Zeit, in der Home-Schooling und Home-Office Realität geworden ist. Digitale Tools und soziale Medien sind nicht mehr aus unserer Gesellschaft wegzudenken. Es ist darum unerlässlich, dass dieses Thema seinen Platz im Jugendstrategieplan hat.

Der RDJ unterstützt die Idee, die Weiterbildungsmöglichkeiten für verschiedene Zielgruppen auszubauen. Die Einrichtungen, die zuständig für Weiterbildungen in dem Bereich sind, sind aber oftmals mit anderen Aufgaben beschäftigt, sodass ihnen die zeitlichen Ressourcen für die Organisation solcher Angebote fehlen. In jedem Fall müsste dabei auch verstärkt über die Weiterbildungsmöglichkeiten informiert und niedrigschwelliger kommuniziert werden, sodass Jugendliche, Eltern und Fachkräfte die Informationen dazu erhalten.

Seit einigen Jahren zählt Medienbildung zur Priorität des Jugendrates. Darum begrüßt er den Vorschlag, Medienkompetenzen weiter zu fördern. Viele Schulen verfügen bereits über dementsprechende Ansätze, die jedoch nicht aufeinander abgestimmt sind. Aus dem Grund sollte eine einheitliche, strukturelle Form ausgearbeitet werden, damit alle ostbelgischen SchülerInnen in den gleichen Genuss von Medienkompetenzerlernung kommen. Auch hier könnte das Schulfach „Bürgerkunde“ eine interessante Möglichkeit sein, in dem die Mediennutzung hinterfragt und kritisches Denken sowie verantwortungsvolle Mediennutzung gefördert werden.

Der RDJ befürwortet die Zugänglichkeit und Verwendung digitaler Tools. Vor allem der plötzliche Lock-Down im Rahmen der Corona-Pandemie hat gezeigt, wie viele junge Menschen keinen Zugang zu Laptop, Internet oder den nötigen Softwares haben. Digitale Medien sollten in Ostbelgien vermehrt genutzt werden, aber mit der Prämisse, dass alle jungen Menschen auch Zugang dazu haben, beispielsweise durch Angebote von eingerichteten Studienplätzen.

Der Jugendrat möchte betonen, dass die digitalen Möglichkeiten die Jugendarbeit unterstützen können, aber keinesfalls ersetzen. Jugend- oder Sozialarbeit können sich den digitalen Raum zu Nutze machen, um schwer erreichbare Jugendliche erreichen zu können. Ausschließlich digitale Jugendarbeit würde nicht funktionieren, weil der soziale und physische Kontakt fehlt. In Hinblick darauf findet der Jugendrat es sinnvoll, dass dieser immer wichtiger werdende Bereich im Jugendstrategieplan III aufgenommen werden soll.

Nachhaltige Gestaltung Ostbelgiens als Lebensraum

Die Klimamärsche der „Fridays-for-future“- Bewegung sind ein sehr gutes Beispiel dafür, dass sich Jugendliche mit Nachhaltigkeit und insbesondere mit ihrer eigenen Zukunft auseinandersetzen. Auch der RDJ möchte, dass das Thema „Nachhaltigkeit“ noch mehr in den Fokus eines jeden Jugendlichen rückt und freut sich darum besonders, dass dieser aktuelle und akute Schwerpunkt seinen Platz im Jugendstrategieplan gefunden hat.

Der Jugendrat findet die Idee, das Heimatgefühl zu stärken und Ostbelgien attraktiv für junge Menschen zu machen, positiv, allerdings fehlt es hier an Präzision, in welchen Bereich(en) dies anvisiert wird (Kultur, Bildung, Beschäftigung, Tourismus, ...). Im Allgemeinen unterstützt er die Idee, dass Ostbelgien ein Ort sein sollte, an dem es jungen Menschen ermöglicht wird, sich selbst zu verwirklichen. Inwiefern dies umgesetzt werden kann, bleibt in einem späteren Schritt bei der Erstellung des Aktionsplans des Jugendstrategieplans zu besprechen.

Der RDJ befürwortet die Initiative, Jugend im ländlichen Raum voranbringen zu wollen. Im Bereich Mobilität verweisen wir an dieser Stelle verweist auf seinen Konzeptvorschlag zur Verbesserung der Mobilität von Jugendlichen in Ostbelgien (2020), der sich mit dem Thema der Mobilität von jungen Menschen befasst und darum in den angedachten Aktionen des Jugendstrategieplans Einzug finden könnte. Hierzu steht der RDJ als Ansprechpartner weiterhin gerne zur Verfügung.

Die Thematik rund um den Übergang von schulischer zur beruflichen Laufbahn ist dem RDJ seit einigen Jahren ein besonderes Anliegen. Er freut sich sehr, dass auch das 2020 erstellte Handbuch „Karriere in Ostbelgien?!“ auf Anklang gestoßen ist und komplett in den Themenschwerpunkten des Jugendstrategieplans aufgenommen wurde. Mit den nötigen Bemühungen könnte sich Ostbelgien so als Arbeitgeberstandort mit einem Alleinstellungsmerkmal positionieren. Der RDJ möchte daher bereits mitteilen, dass er für den Dialog zu diesem Thema offen sein wird.

In diesem Themenschwerpunkt wird der Unterpunkt „Ausbau statistischer Grundlage Jugendpolitik: Entwicklung Jugendmonitoring“ aufgezählt. Der Jugendrat unterstützt das Vorhaben, ein Monitoringsystem zu entwickeln, um auf Basis von Fakten und Zahlen entsprechend auf die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der jungen Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzugehen.

Der RDJ begrüßt, dass nachhaltige Entwicklung Teil des Jugendstrategieplans ist. Das Thema ist top aktuell und sinnvoll. Jugendliche, für die dieses Thema mittlerweile besonders wichtig ist, werden dadurch in ihrem Vorhaben ernst genommen und gestärkt. Hier bleibt ihm nur zu betonen, dass dieses Thema sektorenübergreifend angepackt werden muss, sodass auf die Forderungen der Jugendlichen auch konkrete Taten in allen Lebensbereichen folgen können.

Abschließend möchte der RDJ nochmals darauf hinweisen, dass er inständig hofft, dass die verschiedenen Einrichtungen des Jugendsektors der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch individuelle Jugendliche beim nächsten Schritt, der Ausarbeitung des Aktionsplans des Jugendstrategieplans, miteinbezogen werden, um diese auf die Lebenswirklichkeiten der Jugendlichen auszurichten und diese entsprechend nachhaltig optimieren zu können.

Für echt und getreu:



Nicolas Pommée
Vorsitzender

Eupen, den 8. März 2021
020-2021/dj/RDJ VoG

Gutachten: Vorentwurf zur Abänderung des Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit

Auf Anfrage der Regierung und gemäß Artikel 47 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit, hat der RDJ ein Gutachten zum Vorentwurf zur Abänderung des Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit erstellt, welches auf Grundlage einer Evaluation des Jugenddekrets zustande gekommen ist.

Aufgrund der internen Geschäftsordnung (§13) des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ), beschließt der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz von Nicolas Pommée und mit der Zustimmung der Mitglieder Carlotta Ortmann, Estelle Pommée, Yannick Ramjoie, Christian Recker und Naomi Renardy einstimmig, folgendes Gutachten abzugeben. Zusätzlich haben sich folgende Vertreter an seiner Ausarbeitung beteiligt:
Laura Crott und Nicole Keutgen.

GRUNDSÄTZLICHES

Der RDJ bedankt sich für die Möglichkeit, ein Gutachten zur Evaluation des Jugenddekrets vorzustellen und hat den Vorschlag mit voller Aufmerksamkeit durchgelesen.

Das vorliegende Gutachten des RDJ zum Vorentwurf zur Abänderung des Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit wurde im November 2020 und im Februar 2021 in einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet. Daraufhin hatten die Mitglieder des RDJ die Möglichkeit, auf den Gutachtenentwurf zu reagieren. Auf den folgenden Seiten können die Anmerkungen des Jugendrates zum Jugenddekret wiedergefunden werden. Dabei ist die Reihenfolge der Artikel im Vorentwurf respektiert worden.

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 – Begriffsbestimmungen

- Nr. 1 bis 2 – Bestimmung der Altersgrenzen

Der RDJ begrüßt eine Verschiebung der Altersgrenzen bei Kindern und Jugendlichen auf 4 bis 9 bzw. 10 bis 30 Jahre. Der Jugendrat möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass die Notwendigkeit der Verschiebung auch darin besteht, dass Jugendarbeit heutzutage deutlich früher beginnt. Die Jugendlichen werden häufiger und früher den verschiedenen Einflüssen der Gesellschaft ausgesetzt. Dies zeigen u.a. die Erfahrungen des Jugendrates im Rahmen der Sexting-Kampagne auf.

- Nr. 8 – Jugendarbeiter

Der RDJ befürwortet die Unterscheidung der JugendarbeiterInnen in zwei Kategorien, um Menschen ohne Diplom die Möglichkeit zu geben, auch in der Jugendarbeit tätig zu sein. Allerdings möchte er darauf aufmerksam machen, dass die Bezeichnung „Jugendarbeiter-AssistentIn“ abwertend klingt und schlägt beispielsweise vor, diesen „JugendhelferIn“ zu nennen. Die negative Konnotation eines „Assistenten“ bzw. einer „Assistentin“ könnte dazu führen, dass die Funktion an Attraktivität verliert, was aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels unbedingt vermieden werden sollte.

Art. 2 – Gegenstand

Der RDJ hinterfragt, ob die vorgeschlagene Formulierung, dass Jugendarbeit im außerschulischen Bereich stattfindet und auf freiwilliger Teilnahme basiert, faktisch korrekt ist. Konkrete Beispiele wie die Animationen der Jugendinformationszentren in Schulklassen finden nicht nur im außerschulischen Bereich, sondern auch in Schulen, statt und somit auch nicht mehr freiwillig. Daher schlägt der RDJ vor, dass die Formulierung in „Jugendarbeit findet hauptsächlich im außerschulischen Bereich statt“ geändert wird.

Art. 4 – Strategieplan und Förderzeitraum

Der RDJ begrüßt, dass die Dauer des Jugendstrategieplans und der Förderzeitraum weiterhin aneinandergekoppelt sind. Dadurch, dass beides nicht mehr an die Legislaturperiode geknüpft ist, gibt es mehr Flexibilität für unvorhergesehene Situationen.

KAPITEL 2 – FÖRDERUNG DER JUGENDEINRICHTUNGEN

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 5 – Allgemeine Förderkriterien

- §1, Punkt 6.1 – Förderung der Jugendeinrichtungen:

Der RDJ unterstützt die Idee, dass die Digitalisierung der Jugendarbeit in der Zukunft eine wesentlich größere Rolle spielen wird. Digitale Jugendarbeit kann die Jugendarbeit unterstützen, sie aber nicht ersetzen, wie in der aktuellen Zeit deutlich festgestellt werden kann. Das Nutzen von virtuellen Möglichkeiten hängt dabei immer von der Zielstellung der jeweiligen Jugendeinrichtung ab. Realistisch betrachtet ist somit eine Allgemeingültigkeit, z.B. für die Jugendorganisationen, nicht gegeben. Gleichzeitig ist es auch nicht zielführend, dass verschiedene Jugendeinrichtungen auf Biegen und Brechen ein Konzept erstellen müssen, nur um den allgemeinen Förderkriterien zu entsprechen.

Daher schlägt der Jugendrat vor, dass der Punkt zur digitalen Jugendarbeit in den allgemeinen Förderkriterien gestrichen und nur in den Schwerpunkten der Jugendarbeit unter Artikel 5, §2 zu finden ist.

- §2 – Schwerpunkte der Jugendarbeit

Der RDJ begrüßt die Anpassungen der Formulierungen zur Medienkompetenz, zur Geschlechterreflexion und zur Nachhaltigkeit. Allerdings ist der Begriff der Nachhaltigkeit sehr kurz gedacht. Dem Jugendrat ist es wichtig zu betonen, dass sich Nachhaltigkeit nicht nur auf Natur und Umwelt bezieht, sondern deutlich mehr beinhaltet. Daher schlägt der Jugendrat vor, die Auflistung fallen zu lassen, um den Bereich der Nachhaltigkeit nicht einzugrenzen.

Artikel 5.1 - Personalzuschuss

- §2 – Jugendarbeiter-Assistenten

Der Jugendrat verweist auf die Anmerkung zu Artikel 1, Punkt 8, dass der Begriff „Jugendarbeiter-AssistentIn“ negativ konnotiert sein könnte.

Der RDJ befürwortet die im Rahmen des Vorschlags vorgestellten Anpassungen zur Öffnung des Markts zur Generierung von JugendarbeiterInnen, die es Quereinsteigern ermöglicht als JugendarbeiterIn tätig zu werden, ohne ein Bachelorstudium zu absolvieren.

Die für die Nachqualifizierung der JugendarbeiterInnen vorgeschriebenen 300 Stunden findet der RDJ angemessen. Auf Grundlage der erhaltenen Anmerkungen der Jugendkommission, merkt der Jugendrat an, dass der Entwurf in diesem Bereich noch einige Fragen aufwirft. Damit die Weiterbildung zielführend und realisierbar ist, sollten die nachfolgenden Punkte im Dekret berücksichtigt werden:

- a. Ähnlich zur Organisation und Durchführung der Grundausbildung würde sich der RDJ eine Auflistung von Bereichen wünschen, die im Rahmen der 300-stündigen Weiterbildung erarbeitet werden soll. Einerseits dient dies der Qualitätssicherung der Weiterbildung. Andererseits hilft dies den dafür zuständigen Gremien bei der Begutachtung und Genehmigung der Weiterbildung. Darüber hinaus könnte eine Auflistung der Bereiche ebenfalls dazu dienen, Dispensen anzuerkennen, wenn der/die QuereinsteigerIn möglicherweise im Besitz eines Hochschuldiploms im nicht-sozialpädagogischen Bereich ist.
- b. Aus dem Vorschlag wird nicht deutlich, bis zu welchem Zeitpunkt und in welchen Zeitrahmen die 300 Stunden absolviert werden müssen.
- c. In Anlehnung an die Animatorenausbildung des RDJ wird die Idee befürwortet, dass die Weiterbildung zum/zur JugendarbeiterIn an eine Organisation gebunden ist bzw. von einer Organisation organisiert wird, ähnlich wie das für die Ausbildung zum/zur Pflege-, Familien- oder SeniorenhelferIn der KPVDB der Fall ist. Ein gemeinsamer Weiterbildungsrhythmus würde unter anderem dazu führen, dass eine verstärkte Verbundenheit und Kollegialität unter den JugendarbeiterInnen entsteht, die auch in ihrem späteren Berufsleben von Vorteil sein und einer Fluktuation entgegenwirken kann.
- d. Einhergehend mit Punkt c sollte besprochen werden, wer die Organisation einer solchen Weiterbildung finanziert.
- e. Die 300-stündige Weiterbildung sollte zertifiziert bzw. für die Teilnahme an der Weiterbildung sollte ein anerkannter Nachweis ausgestellt werden.

Zudem weist der RDJ darauf hin, dass der Weiterbildungsplan nicht ausschließlich von der Regierung festgelegt werden sollte. Auch der zuständige Träger der Ausbildung und die Akteure der Jugendarbeit sollten die Inhalte des Weiterbildungsplans mitbestimmen können, damit die Weiterbildung auch dem Bedarf der Jugendarbeit entspricht.

- §3 – Führungskräfte

Der RDJ möchte an dieser Stelle die Einstellung der Führungskräfte aufgreifen. Für den Jugendrat ist es naheliegend, dass die beiden größten Jugendeinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Träger der Jugendinformation und das Jugendbüro, die Möglichkeit haben, Führungskräfte auf Grundlage dieses Dekrets zu beschäftigen. Für den RDJ stellt sich jedoch die Frage, unter welchen Bestimmungen (Vollzeitäquivalenzen, Mitglieder, usw.) weitere Jugendeinrichtungen, wie z.B. eine V.o.G., die die Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit übernimmt, Anrecht darauf haben, eine Führungskraft einzustellen?

Daher bittet der RDJ um eine Präzisierung des Artikels, sodass auch andere Jugendeinrichtungen im Falle dessen die Möglichkeit erhalten, Führungskräfte einzustellen.

- §4 – Höhe der Personalzuschüsse

Neben der Förderung und Erleichterung des Quereinstiegs ist auch die Stärkung der Attraktivität der Jugendarbeit ein entscheidender Faktor, der dazu beiträgt, dem Fachkräftemangel und der Fluktuation in der Jugendarbeit entgegenzuwirken. Daher begrüßt der RDJ die Anpassung der Gehälter der Jugendarbeit an das Barema im Gesundheits- und Sozialbereich, denn die JugendarbeiterInnen verdienen eine gerechtere Entlohnung für ihre wertvolle Arbeit.

Abschnitt 2 – Förderung der Jugendorganisationen

Der RDJ freut sich grundsätzlich über die Einführung des Aktionsplans, der in Art. 9.2 (sowie Art. 17.1 zum Träger der Jugendinformationen und Art. 27.1 zum Träger der Offenen Jugendarbeit) zum ersten Mal genannt wird. Dies entspricht dem Wunsch der Steuergruppe zur Evaluation des Jugenddekrets, den administrativen, konzeptuellen Aufwand zu verringern. Durch die notwendige, jährliche Anpassung des Aktionsplans wird den Akteuren der Jugendarbeit gleichzeitig eine größere Flexibilität gegeben. So können sie ihre Angebote auf die sich schnell verändernden Bedürfnisse ihrer Jugendlichen anpassen.

Zudem ist es für die Jugendeinrichtungen in ihrem Aktionsplan nun möglich, sich an dem Aktionsplan des Jugendstrategieplans zu orientieren, der zum Zeitpunkt des Förderantrags noch nicht verabschiedet ist. Das führt zu einer verstärkten Berücksichtigung des Aktionsplans des Jugendstrategieplans in den Alltag der Jugendeinrichtungen.

Hierzu möchte der RDJ anmerken, dass es sich um eine begrifflich, ungünstige Konstellation handelt. Der Aktionsplan des Jugendstrategieplans unterscheidet sich formell betrachtet vom jährlichen Aktionsplan der Jugendeinrichtungen. Daher schlägt der RDJ eine Umbenennung des Aktionsplans des Jugendstrategieplans vor, um Missverständnisse zu vermeiden.

Abschließend positiv hervorheben möchte der Jugendrat die Formulierung der Übergangsregelung zur Herauf- bzw. Herabstufung der Förderkategorien in Artikel 12, §3 und die Erhöhung der Grundpauschale pro Jugendlichen für die Teilnahme am bzw. für die Durchführung der Jugendlager in Art. 14. Beide Vorschläge sorgen dafür, dass die Jugendorganisationen eine langfristige Planungssicherheit erhalten, die eine qualitätsvolle Jugendarbeit sicherstellt und gewährleistet.

Abschnitt 3 – Förderung der Jugendinformation

Art. 21 – Zuschuss

Der RDJ befürwortet die in Art. 21, §1, Nr. 2 vorgeschlagenen Mindestbestimmungen von mindestens drei Vollzeitäquivalenzen als JugendarbeiterIn und einen/einer GeschäftsführerIn.

Hierzu möchte der Jugendrat jedoch eine generelle Anmerkung für Funktionskosten und Pauschalen machen: Jegliche Zuschüsse, die im Jugenddekret festgelegt werden, sollten indexiert werden. Dies ist insbesondere hier möglich, da die Pauschale der Gemeinden auf Berechnungsgrundlage der Angaben des Bevölkerungsregisters alle fünf Jahre aktualisiert wird. Wenn für diese Pauschale sowieso eine Anpassung vorgenommen wird, könnten zeitgleich alle im Jugenddekret genannten Zuschüsse indexiert werden.

Zudem fordert der RDJ eine Änderung in §2 in „eine jährliche Pauschale in Höhe von 1,20 EUR pro Jugendlichen“, um im Dekret zu präzisieren, dass diese Pauschale jährlich ausgezahlt wird.

Abschnitt 4 – Förderung der offenen Jugendarbeit

Art. 25 – Trägerschaft

Zunächst möchte der RDJ verdeutlichen, dass er sich freut, dass mit dem Prinzip der Trägerschaftskaskade eine Lösung entwickelt wurde, welche die verschiedenen Jugendeinrichtungen und Gemeinden auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Die Trägerschaftskaskade führt dazu, dass keine Partei vernachlässigt wird und jede Organisation, Gemeinde oder Jugendeinrichtung selbstständig entscheiden kann, ob die offene Jugendarbeit getragen werden kann.

Allerdings fällt dem RDJ im zu Grunde liegenden Vorschlag ein Problem bei der Umsetzung des Prinzips der Trägerschaftskaskade auf: Wenn eine Gemeinde keinen Bedarf sieht, offene Jugendarbeit zu betreiben, da die Öffnung eines Treffs kein Publikum anzieht, wie es bisher z.B. in einer Gemeinde im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Fall ist, welche Konsequenzen hätte das dann für die Regierung bzw. für das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Das würde dazu führen, dass die beiden letztgenannten Einrichtungen ebenfalls ein Konzept erstellen müssen, welches sich in der Praxis wahrscheinlich nicht umsetzen lässt.

Damit diese Situationen nicht eintreten, bittet der RDJ um eine Präzisierung des Vorschlags und ggf. um eine Anpassung der Artikel, damit die Bedürfnisse der Jugendlichen in den Mittelpunkt des Geschehens rücken und die Situation unter allen Umständen deutlich ist.

Zudem stellt der RDJ mit Verwunderung fest, dass in der Offenen Jugendarbeit, im Gegensatz zur Mobilen Jugendarbeit, kein Begleitausschuss eingesetzt wird. Das ist in der Offenen Jugendarbeit ein fehlender Faktor der Evaluation und sollte demnach berücksichtigt werden, vor allem in Hinblick auf den kommunalen Aktionsplan.

KAPITEL 3 – AUS- UND WEITERBILDUNG

Abschnitt 2 – Grundausbildung für ehrenamtliche Jugendleiterinnen und ehrenamtliche Jugendleiter

Art. 38 – Genehmigung

Die Aktualität rund um die COVID-19-Pandemie zeigt, dass die Herbstausbildung im Jahr 2020 aufgrund der sanitären Situation abgesagt werden musste. Daher schlägt der RDJ vor, dass zu Art. 38 ein Passus hinzugefügt wird, der in Ausnahmefällen vorsieht, dass eine Sondergenehmigung unterhalb der in Art. 38, Nr. 3 erwähnten Frist von 45 Tagen vor Beginn der Grundausbildung beantragt werden kann. Die Auswirkungen höherer Gewalt sollten berücksichtigt werden.

Abschnitt 5 – Förderungen von Aus- und Weiterbildungen

Art. 45 – Zuschüsse für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen

Der RDJ begrüßt die Möglichkeit eines Zuschusses für Weiterbildungen von ehrenamtlichen Jugendleitern, die zur Stärkung des Ehrenamts beitragen. Darüber hinaus schlägt der RDJ vor, dass für die Ehrenamtlichen der Mindestbeitrag heruntergesetzt werden sollte, da sie höchstwahrscheinlich an kleineren Weiterbildungen teilnehmen, anstatt an ganz- oder mehrtägigen Seminaren.

KAPITEL 8 – ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Art. 79.1 – Anwendung von Artikel 5.1

Grundsätzlich befürwortet der Jugendrat die Einführung von Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Personalzuschüsse. Mit diesem Übergang wird den verschiedenen Fachkräften der Jugendarbeit Rechnung getragen. Hierbei fällt dem RDJ jedoch auf, dass die Anwendung der in Art 79.1, §2 und §3 genannten Regelstudienzeit auf theoretische und praktische Hürden stößt:

- Die Regelstudienzeit wird weitestgehend durch die jeweilige Hochschulgesetzgebung oder durch die verantwortlichen Institutionen festgelegt. Die Regelstudienzeit kann somit variieren.
- Die JugendarbeiterInnen in Ostbelgien erhalten die Möglichkeit, berufsbegleitend zu studieren. Das kann dazu führen, dass zwischen der Einsetzung des Personalmitglieds (z.B. November) und dem Beginn des Studiengangs (z.B. September) einige Monate liegen und somit in diesem Fall bereits elf Monate vergangen sind.
- Zudem ist ein berufsbegleitendes Studium eine große Herausforderung, bei der es nicht unwahrscheinlich ist, dass die Regelstudienzeit überschritten wird. Überschreitet der/die JugendarbeiterIn die Regelstudienzeit, dann fällt er/sie auf das Barema der Jugendarbeiter-AssistentIn zurück. Dies könnte die Fluktuationsrate von JugendarbeiterInnen wieder erhöhen.

Daher schlägt der Jugendrat vor, dass der Begriff der Regelstudienzeit angepasst und mit einem zusätzlichen Jahr (Regelstudienzeit + 1 Jahr) versehen wird.

Art. 80.1 Förderzeitraum

Der RDJ befürwortet die Konkretisierung des neuen Förderzeitraums vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2027, da den Jugendeinrichtungen eine greifbare Perspektive geboten wird, zu welchem Zeitpunkt der nächste Förderzeitraum startet.

Für echt und getreu:



Nicolas Pommée
Vorsitzender

RDJ-Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie

Auf Einladung hat der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) seine Einschätzung zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie am Freitag, den 5. Februar 2021 im Sonderausschuss COVID-19 des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft erläutert. Im Nachgang befindet sich die komplette Stellungnahme des RDJ.

„Der RDJ zeichnet sich durch seine Diskussionskultur aus, die seit der Pandemie nicht mehr in dieser Form bestehen kann. Wir mussten Veranstaltungen absagen, Kampagnen umplanen und digitale Alternativen suchen. Der Jugendrat funktioniert mit hauptsächlich ehrenamtlichen Mitgliedern, die sich u.a. für den sozialen Austausch oder für Projekte engagieren. Das führt dazu, dass bei einem ausschließlich virtuellen Angebot die Motivation bei den Mitgliedern sinkt. Gleichzeitig sind wir im letzten Jahr aber auch noch näher zusammengerückt, um den Jugendlichen aus der Ferne eine Unterstützung zu sein: durch die Sexting-Kampagne, durch Online-Austausche mit EntscheidungsträgerInnen oder durch unsere aktuelle virtuelle JugendleiterInnenausbildung.

In der ostbelgischen Jugendarbeit haben sich die Jugendeinrichtungen im Frühjahr 2020 schnell an die neue Situation angepasst und ihr Angebot in den digitalen Raum verlegt. Der Jugendsektor hat sein Bestmögliches gegeben, um weiterhin für die Kinder und Jugendlichen da zu sein. Mit den Jugendlichen, zu denen bereits vorab eine Beziehung aufgebaut werden konnte, hat dies gut funktioniert. Neue Jugendliche über virtuelle Wege zu erreichen, stellt sich eher als schwieriger, schier unmöglich dar. Gleichzeitig führen digitale Aktivitäten langfristig dazu, dass die Gruppendynamik leidet. Vor allem bei den +12-Jährigen, bei denen physisch organisierte Aktivitäten bis vor kurzem verboten waren, ist festzustellen, dass sie die Motivation und den Kontakt zur Gruppe verlieren. Logisch, dass sie nicht noch in ihrer Freizeit an digitalen Aktivitäten teilnehmen möchten, wenn bedacht wird, dass sie bereits durch das Home-Schooling die meiste Zeit vor dem Computer sitzen. Zudem sind bei digitalen Aktivitäten die Kinder und Jugendlichen ausgeschlossen, die kein Smartphone, Computer oder Internetzugang haben. Das bedeutet, dass die sozial schwächeren Jugendlichen nicht nur im Bereich Bildung, sondern auch bei Freizeitaktivitäten benachteiligt werden.

Für die Jugendorganisationen waren die Sommerlager 2020 das absolute Highlight. Es konnten kaum physische Aktivitäten während der ersten Jahreshälfte stattfinden und es war lange Zeit unsicher, ob und wie es auf Lager gehen konnte. Als die positive Nachricht eintraf, waren die LeiterInnen umso motivierter, ihr traditionelles Lager auf die getroffenen Hygienemaßnahmen anzupassen. Trotz des gestiegenen Aufwands sind die Ehrenamtlichen engagiert, kreativ und verantwortungsbewusst mit der Situation umgegangen. An dieser Stelle können wir nur den Hut vor jedem Leiterteam ziehen, welches innerhalb von einem Monat ein Corona-konformes Lager auf die Beine gestellt hat. Sehr gut unterstützt wurden sie dabei durch die Politik: Eine durch das Ministerium einberufene Arbeitsgruppe der Jugendorganisationen hat den JugendleiterInnen alle Informationen in leichter Sprache und so praktisch wie möglich an die Hand geben können (mit Videos, FAQs oder Sprechstunden). Dazu wurden notwendige Hygienepakete zur Verfügung gestellt. Zusammenfassend hat dies dazu beigetragen, dass die Sommerlager 2020 super gelaufen sind, das Feedback war durchweg positiv und die Isolation bei Corona-Verdachtsfällen hat sehr gut funktioniert.

Was die Vorbereitung der Lager 2021 angeht, planen die Jugendgruppen aktuell normal weiter und orientieren sich an dem Modell vom letzten Jahr. Dabei sind sie verständlicherweise vorsichtig, was Bestellungen und Buchungen angeht und treffen dabei glücklicherweise oft auf Kulanz von bspw. Vermietern. Trotzdem wäre es wünschenswert, wenn die Jugendorganisationen 2021 mehr Zeit haben, um sich auf das Sommerlager und die entsprechenden Maßnahmen vorzubereiten.

Auch mit der Einführung eines neuen Blasenmodells im September konnten sich die Jugendeinrichtungen wieder schnell zurechtfinden. Danach wurde dieses Protokoll aber immer wieder über den Haufen geworfen: Im Herbst änderten sich die Informationen sogar im Wochentakt, was bei den Hauptamtlichen und vor allem Ehrenamtlichen der Jugendarbeit zu steigendem Frust führte. Zudem war es für die Jugendlichen schwierig, sich zwischen den Richtlinien der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der jeweiligen Mutterorganisation zurecht zu finden. Dabei stand die Politik für jegliche Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Des Weiteren ist auch die Sicherstellung der finanziellen Unterstützung von Seiten der Regierung positiv zu betrachten. Es wurde eine Zuschussgarantie ausgesprochen, eine Liquiditätssteigerung eingeführt, Corona-Hilfefonds für Einnahmeausfälle und Mehrausgaben zur Verfügung gestellt. Es ist abhängig von der Gruppengröße und den Reserven der jeweiligen Jugendgruppen, ob sie aktuell ohne Geldaktion oder mit weniger Geldaktionen über die Runden kommen. Langfristig gesehen brauchen hier voraussichtlich einige Jugendgruppen weitere finanzielle Unterstützungen, um ihre Aktivitäten weiterhin organisieren zu können.

Die digitale Jugendarbeit ist in den vergangenen Monaten sehr wichtig geworden. Sie ist zwar in Ostbelgien bereits vor der Pandemie ein Thema gewesen, aber es gab bis dato kaum konkrete Maßnahmen oder Möglichkeiten. Daher haben sich die Jugendeinrichtungen auf eigene Faust an die Arbeit gemacht und kreative digitale Angebote geschaffen. Dabei wäre Netzwerkarbeit, Weiterbildungen oder die Zurverfügungstellung von entsprechender Hard- und Software wünschenswert gewesen. Darauf sollte sich in der Zukunft konzentriert werden. Durch die notwendigen virtuellen Angebote in den letzten Monaten wissen wir jetzt aber auch, dass die digitale Jugendarbeit ein ergänzendes Angebot zur klassischen Jugendarbeit sein, sie aber niemals ersetzen kann. Laut den Jugendorganisationen bleibt mit dem dauerhaft virtuellen Angebot der „Spaß auf der Strecke“ und es „fehlt der soziale Aspekt“.

Der RDJ ist dabei mehr als die klassische Jugendarbeit, denn wir vertreten auch individuelle Jugendliche ohne Zugehörigkeit zu einer Jugendeinrichtung. Aus dem Grund möchten wir besonders auf die psychologischen Aspekte von jungen Menschen in Zeiten der Corona-Krise eingehen, denn hier sehen wir ein großes Problem.

Jugendliche brauchen für ihre persönliche Entwicklung den Kontakt zu Gleichaltrigen. In einer Lebensphase, in der sie sich von den Eltern abkapseln wollen, sind sie aktuell mit diesen „eingesperrt“. Zusätzlich gibt es derzeit keinerlei Ausgleichsmöglichkeiten durch Sport- oder Gruppenaktivitäten, denn diese waren bis vor kurzem für die +12-Jährigen verboten. Auch gibt es kaum Studentenjobs, mit denen Jugendliche sich ein Stück Unabhängigkeit ermöglichen können.

Junge Menschen werden von der Politik aktuell als SchülerInnen, Lehrlinge oder StudentInnen wahrgenommen – allerdings definieren sie sich vor allem über ihren Freundeskreis und ihre Hobbys. Laut der deutschen Studien [JuCo 1](#) und [JuCo 2](#) (Mai und Dezember 2020) – und Gespräche mit ostbelgischen Jugendlichen bestätigen die Ergebnisse auch für unsere Region – fühlen sich junge Menschen in der Krise nicht gehört und es wird ihnen keine Perspektive geboten. Im Gegenteil: Jugendlichen wird oftmals vorgeworfen, sich nicht an die Maßnahmen zu halten. Dass ihnen gerade eine Zeit ihres Lebens „gestohlen“ wird (Abitur, Studentenleben, Praktikum, Berufsbeginn), wird kaum thematisiert. Besonders StudentInnen im ersten Jahr, die sowieso mit einem neuen Bildungssystem und neuem Unterrichtsstoff, ggf. sogar einer neuen Sprache konfrontiert werden, dürfen aktuell keine KommilitonInnen sehen, können sich ausschließlich virtuell mit ihren DozentInnen austauschen und sitzen möglicherweise nur in ihrem kleinen Studentenzimmer.

Während mehr und mehr Jugendliche sich in ihren eigenen vier Wänden isolieren und dadurch vereinsamen oder sogar depressiv werden, gibt es in Ostbelgien zu wenig Hilfsangebote für Jugendliche. Die Nutzung von öffentlichen Diensten ist für junge Menschen grundsätzlich mit einer hohen Hemmschwelle verbunden und die Corona-Krise macht es nicht einfacher. Besonders chancenärmere Jugendliche und solche ohne Rückhalt bleiben hier auf der Strecke.

Streetwork hat uns einige Beispiele von Jugendlichen genannt, die sie gerade betreuen: junge Menschen, die sich endlich getraut haben, Hilfe anzunehmen, landen bei Hilfseinrichtungen nach einem Erstgespräch erst Mal auf eine Warteliste. Andere, die aufgrund der großteiligen Schließung des Horeca-Sektors keinen Job mehr haben, erhalten trotz Anrecht auf Arbeitslosengeld kein Geld, weil die Dienste nicht zu erreichen bzw. überlastet sind. Jene, die jetzt die Schule, Ausbildung oder das Studium aus persönlichen oder externen Gründen abbrechen, erhalten kaum Unterstützung und sind perspektivlos. Yves Gustin, Streetworker, steht heute für weitere Fragen diesbezüglich zur Verfügung.

Vereinsamung, Depressionen, Suchtverhalten, Angstzustände und Bildungsbenachteiligung bei Jugendlichen sind nur einige der aktuellen Konsequenzen der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Wir wissen aktuell nicht, inwiefern die mentale Gesundheit der jüngeren Generationen langfristig beeinflusst wird. Von Seiten der Politik wünschen wir uns darum zum einen, dass Jugendliche bei Lockerungen der Corona-Maßnahmen prioritär berücksichtigt werden. Zum anderen braucht es endlich einen proaktiven Ansatz der EntscheidungsträgerInnen. Bereits im April 2020 hat der RDJ in seiner Stellungnahme darauf aufmerksam gemacht, dass Betreuungs- und Beratungsangebote für Jugendliche in Ostbelgien fehlen. Das hat sich bis jetzt nicht verbessert. Dabei müssen kurzfristig viel mehr vor allem niedrigschwellige Angebote für Jugendliche zur psychischen Versorgung errichtet werden. Ein Online-Angebot, das den Erstkontakt vereinfacht, eine erste Beratung sicherstellt und an die entsprechende Organisation weiterleitet, wäre ein möglicher Lösungsansatz.

Auch die Entwicklung in der Jugendarbeit ist schwierig vorauszusagen. Aktuell sind die Mitgliederzahlen mehr oder weniger stabil. Allerdings befürchten die Jugendorganisationen einen zukünftigen Leitermangel: Einerseits verlieren die aktuellen LeiterInnen die Motivation und die ständige Ungewissheit gefährdet die Langfristigkeit eines Engagements. Andererseits durften die Nachwuchsgenerationen bis vor kurzem nur digitale Aktivitäten abhalten. Der Kontakt verläuft sich so langsam und dies kann in den kommenden Jahren zu einem ernstem Problem in den Jugendgruppen

führen. Um dem entgegenzuwirken, könnte die Jugendleiterrolle attraktiver gestaltet und mehr wertgeschätzt werden, beispielsweise in Form von kulturellen Angeboten oder Vorteilen.

Gleichzeitig werden JugendarbeiterInnen und -leiterInnen in Zukunft auf neue Probleme stoßen: Um auf psychische Probleme oder Fälle von häuslicher Gewalt bei Kindern und Jugendlichen entsprechend reagieren zu können, brauchen die Akteure der Jugendarbeit Weiterbildungsangebote und nützliches Material. Dieses Vorhaben sollte so schnell wie möglich und nicht erst nach der Pandemie von der Politik in Angriff genommen werden.

Die Jugendorganisationen gehören zur ostbelgischen Kultur dazu. Aus diesem Grund sollte sichergestellt werden, dass diese weiterhin für alle Kinder und Jugendlichen finanziell zugänglich bleiben. Dafür braucht es eine Flexibilität von Seiten der Politik. Wir schlagen eine Übergangsphase nach der Pandemie vor, in der die Jugendarbeit eine finanzielle und inhaltliche Unterstützung erhält, um nicht von heute auf morgen zur normalen Tagesordnung zurückkehren zu müssen. Gleichzeitig wäre es denkbar, Jugendeinrichtungen, die in den aktuellen Zeiten besondere Initiative zeigen, für diese Mühe finanziell zu belohnen.

Fast ein Jahr verzichten Kinder und Jugendliche bereits auf so viele Dinge, die vorher selbstverständlich waren. Sie verzichten aus Solidarität für die Gesellschaft und als fester Bestandteil von dieser. Nun wird es Zeit, dass die Politik sich solidarisch mit der jungen Generation zeigt. Junge Menschen müssen als Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden und mitreden dürfen. Es müssen die Weichen gestellt werden, damit Jugendliche Unterstützung erhalten, wenn sie sie brauchen. Es darf nicht bis auf die Zeit nach der Pandemie gewartet werden, sondern es muss jetzt proaktiv und langfristig gehandelt werden.“

RDJ-Stellungnahme zum Führerscheinerwerb in Ostbelgien

1. Einleitung

Der Erwerb des PKW-Führerscheins gehört für viele junge Menschen zum Erwachsenwerden dazu. Der Führerschein ermöglicht ihnen einerseits ein Stück Freiheit und Unabhängigkeit in ihrem Leben. Andererseits stellt der Führerschein oftmals eine Eintrittskarte zum Arbeitsmarkt dar, denn viele Arbeitgeber setzen mittlerweile den Besitz eines Führerscheins der Klasse B voraus. Es steht darum außer Frage, dass der Erwerb des Führerscheins für alle Jugendlichen in Ostbelgien zugänglich sein sollte.

Streetwork und der Jugendtreff Inside haben allerdings parallel zueinander festgestellt, dass dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Der Führerschein scheint eine enorme Herausforderung für junge Menschen in Ostbelgien zu sein. Besonders die theoretische Führerscheinprüfung stellt ein Problem dar, denn viele Jugendliche, unabhängig von ihrem Bildungsniveau, müssen diese wiederholen. Eine Statistik des öffentlichen Dienstes der Wallonischen Region besagt, dass 2020 weniger als die Hälfte (47,5%) der abgelegten Theorieprüfungen in der Wallonischen Region bestanden wurden, im Gegensatz zu zwei Drittel bestandener praktischer Fahrprüfungen (61,5%)¹. Im Eupener Führerscheinzentrum der Autosecurité liegt die Erfolgsquote 2020 der theoretischen Prüfung etwas niedriger (43%) und in der praktischen Prüfung etwas höher (64%).²

Auf den nachfolgenden Seiten geht der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) chronologisch auf die festgestellten Probleme und möglichen Lösungsansätze im Prozess des Führerscheinerwerbs ein, die Streetwork auf Basis von über 100 Umfragen bei jungen Menschen und Gesprächen mit Netzwerkpartnern im Jahr 2020 gesammelt³ und die der Jugendtreff Inside durch rund 50 Rückmeldungen von Eltern und Jugendlichen im Jahr 2021 bestätigt hat.

2. Die theoretische Führerscheinprüfung

Grundsätzlich besteht der Weg zum Erwerb des Führerscheins aus einer theoretischen und praktischen Fahrprüfung. Situationsbedingt und je nach Individuum kann es im Rahmen beider Prüfungen zu unterschiedlichen Verläufen kommen, die Jugendliche in Ostbelgien aktuell vor eine Herausforderung stellen.

2.1 Die Vorbereitung

Zur Vorbereitung auf die theoretische Prüfung haben FahrenwärterInnen die Möglichkeit, sich das Wissen eigenständig anzueignen oder einen Theoriekurs zu belegen, in dem ihnen das Wissen vermittelt wird. Bei der erst genannten Option können sie ein Führerscheinbuch erwerben oder Informationen aus dem Internet beziehen.

¹ GrenzEcho-Online-Artikel vom 06.04.2021, verfügbar unter: <https://www.grenzecho.net/53288/artikel/2021-04-06/zahl-der-praktischen-fuehrerscheinpruefungen-um-fast-ein-drittel-gesunken>

² Auf Nachfrage durch den RDJ am 15. April beim Öffentlichen Dienst der Wallonie (Mobilité et Infrastructures, Département de la Réglementation et de la Régulation du Transport)

³ Auf Nachfrage können wir den von Streetwork erstellen Bericht zur Verfügung stellen.

2.1.1 Führerscheinbuch

Bereits beim Kauf des Führerscheinbuchs entsteht ein klarer Nachteil für deutschsprachige FahrerInnen, denn das deutschsprachige Führerscheinbuch ist mit 50€ teurer als die flämische und französischsprachige (beide 27€), aber auch englischsprachige (36€) Version. Der hohe Preis für ein deutschsprachiges Buch ist auf die niedrige Auflage beim Druck zurückzuführen. Da sich die Fahrlehrbücher immer wieder der aktuellen Verkehrsordnung anpassen müssen, kann ein Buch auch nicht über Jahre hinweg weiterverliehen werden, sondern es braucht die aktuellste Version.

Hat der/die FahrerIn ein Führerscheinbuch gekauft, enthält dieses einen Code, mit dem per E-Learning Testfragen beantwortet werden können und sich so auf die Theorieprüfung vorbereitet werden kann. Dieser Code ist allerdings nur einen Monat nach der Aktivierung gültig und nicht von Person zu Person übertragbar. Beim Kauf eines gebrauchten Führerscheinbuchs oder bei der Ausleihe bleibt einem die Möglichkeit des E-Learnings also verwehrt.

Allgemein ist festzustellen, dass die Wallonische Region in Bezug auf die digitale Vorbereitung auf die Theorieprüfung hinterherhinkt. In Flandern gibt es die kostenlose, freizugängliche und umfassende Lernplattform www.mijnrijbewijsB.be, mit der sich individuell auf die theoretische und praktische Fahrprüfung vorbereitet werden kann. Sie bietet neben den theoretischen Inhalten auch Online-Übungen. Der RDJ schlägt vor, eine solche umfassende Lernplattform auch in der Wallonischen Region einzuführen, die in französischer und deutscher Sprache verfügbar sein sollte. Der Vorteil einer digitalen Alternative wäre die Nachhaltigkeit und die Flexibilität, bei Gesetzesänderungen die Texte anzupassen.

2.1.2 Theoriekurs

Zur Vorbereitung auf die Theorieprüfung ist die Teilnahme an einem Theoriekurs grundsätzlich freiwillig. Wird die Theorieprüfung allerdings zweimal in Folge nicht bestanden, ist der/die FahrerIn verpflichtet, einen Theoriekurs zu belegen. In Ostbelgien werden Theoriekurse hauptsächlich durch Fahrschulen organisiert. Jedoch gibt es in unserer Region auch Unterstützungskurse, die allerdings nicht durch die Autosecurité anerkannt sind und somit für die verpflichtende Belegung nicht in Frage kommen. Besteht der/die FahrerIn die theoretische Prüfung erneut zweimal nicht, dann muss er/sie erneut einen Theoriekurs verpflichtend belegen. Die Kurse der Fahrschule(n) kosten bei der ersten Teilnahme 100€ und bei jeder weiteren Teilnahme 50€.

In den Theoriekursen kommen Anfänger (keine Vorkenntnisse) und Fortgeschrittene (jene, die die Prüfung bereits mehrfach versucht oder gar den Theoriekurs mehrfach belegt haben) zusammen. Bei diesem Frontalunterricht ist es leider nicht möglich, individuell auf die verschiedenen Niveaus der Teilnehmenden einzugehen. Es kann also sein, dass ein/e FahrerIn verpflichtet ist, den Theoriekurs mehrmals abzulegen, ohne dabei wirklich etwas Neues zu lernen. Dies ist laut den Erfahrungsberichten der jungen Menschen mehrmals vorgekommen.

Für den RDJ stellt sich darum die Frage, ob ein Theoriekurs zielführend ist, wenn Personen trotz der mehrfachen Absolvierung dieses wohlbemerkt kostenpflichtigen Kurses, die Theorieprüfung nicht bestehen. Vielleicht ist es möglich, dass der Lerninhalt nicht kohärent mit den abgefragten Inhalten ist. Laut der Aussagen der Jugendlichen werden zum Beispiel bei der Prüfung andere Begrifflichkeiten (s. Punkt 2.2.1) genutzt, als sie ihnen im Theoriekurs vermittelt werden. Autosecurité macht dazu die

Angabe, dass sie bewusst in keiner Verbindung zu den Theoriekursen stehen. Der RDJ kann diese Aussage nicht nachvollziehen, denn eine Prüfung sollte doch abgestimmt auf die vorbereitenden Theoriekurse sein, so wie auch in Bildungseinrichtungen die gleiche Lehrperson die Theorie vermittelt und die Prüfung ausarbeitet. In den Augen des Jugendrates müssen die erlernte Theorie und die dazugehörige Prüfung zumindest soweit aufeinander abgestimmt sein, damit das vermittelte Wissen, und nicht Glück bei der Fragenauswahl, dafür sorgt, dass die Prüfung bestanden werden kann.

Neben der inhaltlichen Übereinstimmung spielt auch die Akkreditierung von Drittanbietern eine wichtige Rolle. Die o.g. Unterstützungskurse von ostbelgischen Einrichtungen werden von der Autosécurité aktuell nicht anerkannt, um als Theoriekurs zu gelten und ermöglichen somit keinen Zugang zur theoretischen Fahrschulprüfung. Laut der befragten jungen Menschen bringen diese allerdings einen höheren Nutzen. Daher wäre es sinnvoll, den Anbietern die Möglichkeit einer Akkreditierung zur Verfügung zu stellen. Um den Fahrschulen keine Konkurrenz zu bieten, wäre es ggf. sinnvoll, diesen Kurs wenigstens als zweiten verpflichteten Theoriekurs gelten zu lassen, wenn die Prüfung nach der Teilnahme beim Kurs in der Fahrschule nicht bestanden wurde.

Im Rahmen der Ausarbeitung dieser Stellungnahme ist dem RDJ ein weiterer möglicher Ansatz aufgefallen, der allerdings nicht bzw. kaum genutzt wird. Mit dem Dekret zur Einführung eines Unterrichtsangebots zum theoretischen Fahrschulunterricht im Jahr 2015 haben Unterrichtseinrichtungen (Sekundarschulen oder die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Möglichkeit, ihren SchülerInnen ab dem 17. Lebensjahr einen theoretischen Fahrschulunterricht für den Führerschein der Klasse B anzubieten.

Auf Nachfrage in den ostbelgischen Schulen erhielten wir verschiedene Rückmeldungen, warum Unterrichtseinrichtungen diesen Fahrschulunterricht bislang nicht angeboten haben. Es ist festzustellen, dass die Schulen bereits mit so vielen Aufgaben und Projekten beschäftigt sind, dass sie aus dem Grund keinen theoretischen Fahrschulunterricht anbieten. Der mit der Organisation verbundene verwaltungstechnische Aufwand ist bei den Schulen zu hoch und gleichzeitig werden die Kosten nur zurückerstattet, wenn die SchülerInnen an den Kursen zu min. 90% teilnehmen. Anderenfalls bleiben die Sekundarschulen auf den Kosten sitzen.

Dies wird uns durch einen Bericht des Elternrats der Pater-Damian-Sekundarschule (PDS), die den theoretischen Fahrschulunterricht 2019 in der PDS organisiert haben, bestätigt. Der Aufwand zur Kommunikation, Organisation und Abrechnung war sehr zeitintensiv. Auch wenn alle Akteure flexibel und entgegenkommend waren, reicht die Bezuschussung pro SchülerIn leider nicht aus. Es ist verständlich, dass die Schulen in dem Fall das durch das Dekret geschaffene Angebot nicht beanspruchen.

Es stellt sich die Frage, warum dieses Dekret zum theoretischen Fahrschulunterricht eingeführt wurde, wenn es sich in der Praxis kaum umsetzen lässt. Den Theoriekurs in den Unterrichtseinrichtungen anzubieten, ist ein vorbildlicher Ansatz. Die Schulen bereiten junge Menschen auf das spätere Leben als Erwachsener vor – und dazu gehört auch der Führerschein. Wenn die Schulen allerdings nicht sehen, wie sie den Aufwand zusätzlich zu ihren alltäglichen Aufgaben stemmen und die Kosten übernehmen sollen, dann sollte in den Augen des RDJ dieses Dekret nochmal unter die Lupe genommen werden. Es wäre wünschenswert, wenn im Dialog mit den Unterrichtseinheiten eine

Lösung ausgearbeitet wird, die für alle Akteure realistisch ist und das Ziel hat, den SchülerInnen einen theoretischen Fahrschulunterricht im Rahmen der Unterrichtseinrichtung zu ermöglichen.

2.2 Die Durchführung und Evaluation der theoretischen Fahrschulprüfung

Die theoretische Führerscheinprüfung findet in einem Führerscheinzentrum der Autosecurité statt; in Ostbelgien liegt dieses in Eupen. Ein Termin zur Theorieprüfung kann online über die Webseite der Autosécurité vereinbart werden. An dieser Stelle ist zu bemerken, dass es laut Rückmeldungen der Jugendlichen bei Fragen zur Führerscheinprüfung schwierig ist, eine zuständige Kontaktperson in deutscher Sprache per Telefon oder per E-Mail zu erreichen. Die Erreichbarkeit des Führerscheinzentrums Eupen sollte nach Meinung des RDJ insofern verbessert werden, dass junge Menschen ihre Fragen auf deutscher Sprache beantwortet bekommen und so Unsicherheiten genommen werden.

Zum Verständnis: Die Prüfung besteht aus 50 Fragen, die auf einem Computerbildschirm angezeigt werden. Von den zwei oder drei Antwortmöglichkeiten muss nach Vorlesen der Frage innerhalb von 15 Sekunden die einzig richtige ausgewählt werden. Zum Bestehen benötigen die PrüfungskandidatInnen 41 von 50 Punkten. Pro falsche Antwort wird ein Punkt abgezogen, bei schweren Verstößen sogar 5 Punkte. Schwere Verstöße sind Verstöße des 3. Grades (Missachtung einer roten Ampel) oder 4. Grades (Nichtbeachtung von Anweisungen eines Polizeibeamten) sowie Verstöße in Zusammenhang mit der Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Bei zwei schweren Fehlern gilt die Prüfung demnach als nicht bestanden.⁴

2.2.1 Die sprachliche Barriere

Neben der bereits erwähnten, inhaltlichen Nicht-Übereinstimmung zu den Theoriekursen scheint auch die deutschsprachige Übersetzung ein großes Problem zu sein. Viele der von Streetwork und Jugendtreff Inside gesammelten Rückmeldungen beinhalten Schwierigkeiten beim Absolvieren der Prüfung durch die Verwendung von komplizierten Begrifflichkeiten („Lichtrichtungswechselanzeiger“ als Blinker oder „Kinderrückhalteinrichtung“ als Kindersitz), durch grammatikalische Fehler oder ungewohnte Ausdrucksweisen. Auf Nachfrage von Streetwork bei der Autosécurité gibt diese an, dass „die Übersetzung der Fragen von einem kompetenten externen Übersetzungsbüro“ durchgeführt wurden. Dabei stellt sich für den RDJ dann die Frage, wie es zu den o.g. Begrifflichkeiten kommen kann. Es kann nicht sein, dass eine mangelnde Übersetzung bei den FahrerInnen zur Verwirrung führt und ihnen die Theorieprüfung dadurch erschwert wird.

Der RDJ bittet die Politik inständig, dieser Problematik auf den Grund zu gehen und zeitnah zu lösen. Es ist wichtig, dass Fragen verständlich formuliert werden, bevorzugt in „Leichter Sprache“. In diesem Fall haben nämlich auch jene FahrerInnen, deren Muttersprache weder Deutsch noch Französisch ist oder die Lernschwierigkeiten haben, die Möglichkeit, die Prüfungsfragen zu verstehen und beantworten zu können.

Zudem wurde festgestellt, dass es auch bei der Sprachauswahl zu einer ungleichmäßigen Behandlung kommt. Die Theorieprüfung in Eupen kann nur auf Französisch und Deutsch abgelegt werden, aber

⁴ Informationen aus einem Infoblatt der Wallonischen Region „Die Führerscheinprüfung“, veröffentlicht durch GOCA am 22.02.2018, verfügbar unter: https://www.autosecurite.be/wp-content/uploads/2018/03/Doc-130-WD_W.pdf

nicht auf Niederländisch oder Englisch. Gleichzeitig ist die Ablegung der Prüfung in Deutsch nur in Eupen möglich. Der RDJ stellt sich die Frage, warum die Theorieprüfung nicht in allen Fahrschulzentren der Autosecurité in den vier zur Verfügung stehenden Sprachen verfügbar ist.

2.2.2 Die Prüfungseinsicht

Im Anschluss an die theoretische Führerscheinprüfung taucht ein weiteres großes Problem auf. Haben die Geprüften nicht bestanden, ist es ihnen kaum möglich, nachzuvollziehen, welche Fehler sie gemacht haben. Ihnen wird nur ein Bericht mit einer kurzen Auflistung der Bereiche, in denen sie Fehler gemacht haben, mitgegeben. Die Bereiche werden dabei so allgemein („Vorfahrt“) gehalten, dass die FahranwärterInnen nicht wirklich wissen, was sie falsch gemacht haben. Die Autosecurité rechtfertigt die fehlende Prüfungseinsicht mit der Erklärung, dass eine solche Einsicht zu Betrugsversuchen führen würde. Die jungen Menschen wünschen sich allerdings konkretes Feedback, um sich weiterentwickeln und ihr Wissen verbessern zu können.

Aus diesem Grund schlägt der RDJ vor, die Ergebnisse der Prüfung mit detaillierter Beschreibung der Fehler und einer Prüfungseinsicht, zumindest bei Nichtbestehen der theoretischen Fahrschulprüfung, kurz nach der Prüfung anzubieten. Nur so lernen FahranwärterInnen aus ihren Fehlern und können sich besser auf die Prüfung und das begleitete Fahren auf der Straße vorbereiten.

3. Die praktische Fahrprüfung

3.1 Die Vorbereitung der praktischen Fahrprüfung

Nachdem die theoretische Führerscheinprüfung bestanden und der provisorische Führerschein erworben wurde, gibt es zur Vorbereitung auf die praktische Führerscheinprüfung verschiedene Möglichkeiten, mit der das Autofahren geübt werden kann: der freie Zweig „M36“, der Fahrschulzeit oder der direkte Zweig „M18“.

3.1.1 Die Hürden bei der Suche nach FahrbegleiterInnen & einem Auto im freien Zweig „M36“

Grundsätzlich kommen für die „ehrenamtlichen“ BegleiterInnen die Eltern des Fahranwärters/der Fahranwärtlerin in Frage. Besitzen die eigenen Eltern jedoch keinen Führerschein oder fühlen sich nicht in der Lage, das praktische Fahren zu vermitteln, führt das zu einer schwierigen Lage für den Jugendlichen. Dann muss im weiteren Familien- oder Bekanntenkreis nach einem/einer BegleiterIn gesucht werden. Zusätzlich gilt, dass ein/e BegleiterIn innerhalb eines Kalenderjahres nur eine Person begleiten kann, außer es handelt sich bei dem/der weiteren FahrschülerIn um das eigene Kind. In diesem Zusammenhang schlägt der RDJ vor, eine Online-Plattform zu erstellen, um ehrenamtliche FahrbegleiterInnen und FahranwärterInnen in Kontakt zu bringen. Anstatt dass einzelne Einrichtungen diese Initiative anstoßen, sollte die Verantwortung von einer politischen Einrichtung getragen und koordiniert werden; idealerweise über die Wallonische Region oder die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Wenn der/die FahrschülerIn eine Begleitperson gefunden hat, stellt sich die Frage nach dem Auto. Wird das Auto der Begleitperson gefahren, kann der/die FahrschülerIn bei der Versicherung als FahrerIn eingetragen werden. Allerdings steigt die Versicherung des Autobesitzers/der Autobesitzerin an, wenn ein Unfall passiert und die Versicherung dafür aufkommen muss. Nicht jeder/jede Begleiterin

ist bereit, dieses Risiko einzugehen. Auch muss ggf. zwischen FahrschülerIn und Begleitperson die Beteiligung der Spritkosten für die mindestens 1.500 gefahrenen Kilometer geklärt werden.

3.1.2 Kosten des Führerscheinerwerbs beim Fahrschulzweig

Der Erwerb des Führerscheins bringt einige Kosten mit sich: die Theorieprüfung und die damit verbundene Vorbereitung, die praktische Fahrausbildung und das notwendige Zubehör (je nach Art des ausgewählten Zweigs das Lizenz-Schild, ein zweiter Rückspiegel, Sprit und/oder Fahrstunden bei offiziell anerkannten Fahrschulen) oder der Kauf der Dokumente zum (provisorischen) Führerschein.

Am Beispiel von Alina wird deutlich, wie hoch die Kosten zum Erwerb des Führerscheins sein können: Alina ist 19 Jahre alt, arbeitssuchend und noch bei ihrer Familie wohnhaft. Die Lage der Wohnung der Eltern ist nicht zentral und ohne gute Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel. Sie hat drei jüngere Geschwister. Sie ist aktuell auf Wohnungssuche, da es in der aktuellen Wohnung mit den heranwachsenden Geschwistern eng wird. Ihre Muttersprache ist Albanisch, Deutsch spricht sie gut und in Französisch hat sie Schulniveau (Mittlere Reife). Sie hat ihre Lehre im Bereich Garten- und Landschaftsbau begonnen, diese aber nach anderthalb Jahren abgebrochen. Ihr Taschengeld beträgt 40€ pro Monat.

Ihren Anspruch auf Sozialhilfe hat sie bereits mit dem ÖSHZ geklärt – sie erhält erst Gelder, wenn sie eine Wohnung gefunden hat. Mit ihrer Sozialassistentin hat sie bereits mündlich festgelegt, dass sie eine Arbeit finden möchte. Um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Mobilität zu erhöhen, möchte Alina ihren Führerschein schnellstmöglich machen.

Sie hat die Theorieprüfung über ihr Taschengeld finanziert und nach drei Versuchen bestanden. Aufgrund sprachlicher Hürden haben ihre Eltern keinen Führerschein; Einkäufe müssen beispielsweise zu Fuß oder mit dem Bus gemacht werden. Sie hat also nicht die Möglichkeit im freien Zweig zu lernen, sondern ist auf Fahrstunden angewiesen.

Mit der folgenden Tabelle wird deutlich, welchen Kostenunterschied es zwischen dem freien Zweig und dem Fahrschulzweig gibt:

Kostenpunkt	Kosten freier Zweig „M36“	Kosten Fahrschulzweig
Theorieprüfung (bestanden nach drei Versuchen)	45,00 €	45,00 €
Theoriekurs (verpflichtet nach zweimaligen Nichtbestehen)	100,00 €	100,00 €
Kauf Provisorischer Führerschein	25,50 €	25,50 €
Pädagogischer Termin (für FahrschülerIn und eine Begleitperson)	26,08 €	/
2. Rückspiegel und "L"	10,00 €	/
Spritkosten	175,00 €	/
30 Fahrstunden	/	1.275,00 €

Risikowahrnehmungstest	15,00 €	15,00 €
Praktische Prüfung (bestanden beim ersten Versuch)	36,00 €	36,00 €
Prüfungsbegleitung durch FahrlehrerIn	/	75,00 €
Kauf Führerschein	31,00 €	31,00 €
TOTAL	463,58 €	1.602,50 €

In den Augen des Jugendrates ist das ein stolzer Preis für die alleinige Fahrschulpraxis – abgesehen von den bereits bezahlten Kosten (Theoriekurs, Theorieprüfung – ggf. sogar mehrmals) und aufkommenden Kosten (Risikowahrnehmungstest, praktische Prüfung, ggf. weitere Fahrstunden bei Nichtbestehen). Alina müsste mehr als das Dreifache für ihren Führerschein bezahlen als jemand, der durch Unterstützung der Eltern oder des Bekanntenkreises seine praktische Fahrausbildung über den freien Zweig machen könnte. Dieser Nachteil hängt mit dem im Antidiskriminierungsgesetz geschützten Merkmal „soziale Herkunft“ zusammen, denn je nach sozialer Herkunft hat man beim Erwerb des Führerscheins Vor- bzw. Nachteile. Laut Unia kann die Situation von Alina gesetzlich nicht als Diskriminierung gewertet werden, weil sie ihre Grundlage in einem Gesetz (in diesem Fall dem Gesetz zum Führerscheinsystem) hat. Es handelt sich hier also nicht um eine Diskriminierung. Nichtsdestotrotz liegt hier ein Problem vor, für das Alternativen geschaffen werden sollte.⁵

Sicherlich ist Alina ein extremer Fall und nicht alle Jugendliche müssen über 1.500€ für ihren Führerschein ausgeben. Allerdings gibt es junge FahrenwärterInnen, denen das passiert und die nicht die nötige finanzielle Sicherheit haben, um die Kosten zu bewerkstelligen. Darum stellt der RDJ sich die Frage, wie sich junge Menschen aus benachteiligten Lebenswelten überhaupt einen Führerschein leisten können, wenn sie keine Begleitperson mit einem Auto finden und somit gezwungen sind, den Fahrschulzweig auszuwählen. Der RDJ sieht hier die Politik in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass jeder junge Mensch unabhängig von der sozialen Herkunft die finanziellen Möglichkeiten hat, einen Führerschein zu erwerben.

In der wallonischen Region gibt es unterschiedliche Unterstützungsprogramme für französischsprachige FahrenwärterInnen („Auto-école sociale“ oder „Passeport Drive“) – und die deutschsprachigen sind wieder im Nachteil, denn in Ostbelgien gibt es kaum Angebote. Aktuell sind solche Unterstützungsangebote für die Vorbereitung zur theoretischen Fahrschulprüfung oder finanzielle Hilfe für den Erwerb des Führerscheins in Ostbelgien allerdings in Planung. Beispielsweise organisieren der Jugendtreff Inside und der Jugendtreff Herbesthal ein Kooperationsprojekt, um ehrenamtliche FahrbegleiterInnen mit FahrenwärterInnen in Kontakt zu bringen und ihnen ein versichertes Übungsauto zur Verfügung zu stellen.

Der RDJ ist der Auffassung, dass solche Initiativen stärker gefördert werden sollten. Um Unterstützungsangebote zu schaffen, braucht es nämlich den nötigen politischen Rückhalt. Der Jugendrat fordert darum die ostbelgische Regierung einerseits auf, ein besonderes Augenmerk auf die aktuell entstehenden Initiativen zu werfen und diese zu fördern. Andererseits sollte die ostbelgische Politik selbst aktiv werden, um neue Initiativen zu entwickeln. Dadurch kann garantiert werden, dass

⁵ Auf Nachfrage durch Streetwork bei Unia am 25. November 2020

weitere Unterstützungsangebote für deutschsprachige (junge) Menschen aus benachteiligten Lebenswelten erarbeitet werden. Dies ist vor allem eine Notwendigkeit mit Hinblick darauf, dass viele erwerblose Arbeitssuchende mit einem Führerschein bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten.

4. Forderungen

Zusammenfassend stellt der RDJ fest, dass es für den/die FahrlehrerIn ein enormer administrativer, persönlicher und finanzieller Aufwand ist, bis er/sie überhaupt die Möglichkeit erhält, sich mit dem provisorischen Führerschein in ein Auto zu setzen und begleitend fahren zu dürfen. Es ist verständlich, dass junge Menschen die Moral verlieren, wenn sie eine Prüfung zum X-ten Mal wiederholen, über verkehrte Übersetzungen stoßen oder wiederholt im Theoriekurs sitzen, ohne zu wissen, was sie genau falsch machen. Dazu kommt, dass sowohl der Theoriekurs und die Theorieprüfung als auch das begleitende Fahren erhebliche Kosten verursachen können.

Das Ziel der im Jahr 2018 eingeführten Reform des Führerscheinsystems war es, den Verkehr sicherer zu machen. Durch die schwierige Theorie wird allerdings kein Jugendlicher sicher. Zudem lässt sich aus der Praxis der Streetworker feststellen, dass mehr Leute, ohne im Besitz eines Führerscheins zu sein, ein Auto fahren, weil sie ein Auto praktisch bedienen können, aber die Theorieprüfung nicht bestehen. Wenn die Hemmschwelle zum Führerscheinwerb so groß ist, dass es tatsächlich so weit kommt, ist es für die Politik allerhöchste Zeit, das Führerscheinsystem anzupassen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der RDJ folgende Forderungen an die Wallonische Region:

- 1. Das Führerscheinsystem in französischer und deutscher Sprache digitalisieren: virtuelle Lernplattform mit wichtigen Informationen und Dateien zur Vorbereitung auf die theoretische und praktische Prüfung, damit alle Informationen zentral, nachhaltig und schnell anpassbar zu finden sind**
- 2. Erreichbarkeit des Führerscheinzentrums in Eupen verbessern (für Terminvereinbarungen zu Prüfungen oder Sondersitzungen und für Fragen), damit dieses in deutscher Sprache auf verschiedene Weisen kontaktiert werden kann (mindestens E-Mail und Telefon)**
- 3. Die Akkreditierung von Drittanbietern der Theoriekurse bei einer verpflichteten zweiten Teilnahme an einem Theoriekurs ermöglichen**
- 4. Die Inhalte der Theoriekurse auf die Theorieprüfung bzw. andersherum anpassen, sodass das abgefragte Wissen auch mit dem vermittelten Wissen übereinstimmt**
- 5. Die deutschsprachige Übersetzung der Theorieprüfung von einer deutschsprachigen Einrichtung überprüfen lassen, damit diese das Absolvieren der Prüfung nicht noch zusätzlich erschwert**
- 6. Die Sprachauswahl der Theorieprüfung in allen Fahrschulzentren ermöglichen, damit Personen unabhängig von ihrer Muttersprache die Prüfung im nächstliegenden Führerscheinzentrum ablegen können**
- 7. Prüfungseinsicht bei Prüfungen im Rahmen des Führerscheinwerbs (bspw. Theorieprüfung und Risikowahrnehmungstest) mit genauerem Feedback gewähren, damit FahrlehrerInnen ihre Fehler nachvollziehen und ihr Wissen weiterentwickeln können**

Auch wenn der Führerschein eine Zuständigkeit der Wallonischen Region ist, ist der Jugendrat der Meinung, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in dieser Sache dringend aktiv werden muss, um den deutschsprachigen FahrerInnen die Zugänglichkeit zum Führerschein sicherzustellen und sie dabei zu unterstützen:

- 1. Sich für die deutschsprachigen OstbelgierInnen einsetzen, indem sichergestellt wird, dass das Führerscheinzentrum in Eupen in deutscher Sprache erreichbar ist und das Problem der mangelnden Übersetzung in Theoriebuch, Theorieprüfungen und weiterem Material behoben wird**
- 2. Neue Unterstützungsangebote zur Vorbereitung auf die Theorieprüfung entwickeln und bestehende Initiativen fördern, bspw. indem das Dekret zur Einführung eines Unterrichtsangebots zum theoretischen Fahrschulunterricht in Konsultation mit Unterrichtseinrichtungen und Jugendlichen überarbeitet wird, sodass es in der Praxis auch umsetzbar ist**
- 3. Unterstützungsangebote in Ostbelgien entwickeln und fördern, damit die Vorbereitung auf die praktische Prüfung für deutschsprachige (junge) Menschen unabhängig ihrer sozialen Herkunft bezahlbar und zugänglich ist**

In Ostbelgien ist es wichtig, mobil zu sein. Während die Mobilität vor allem im ländlichen Gebiet eine Schwachstelle ist, benötigen viele junge Menschen einen Führerschein, um flexibel und unabhängig zu sein. Beim Einstieg in die Berufswelt ist es mittlerweile fast eine Grundvoraussetzung, einen Führerschein zu besitzen. Der RDJ bittet darum die verantwortlichen politischen EntscheidungsträgerInnen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dafür Sorge zu tragen, dass der Führerscheinwerb und die Vorbereitung darauf für (nicht nur) junge Menschen zugänglicher und der Straßenverkehr sicherer wird.

Der Verwaltungsrat des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ)

RDJ-Stellungnahme zur Mindestentschädigung für Lehrlinge

Mit dieser Stellungnahme möchten wir, der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ), die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in unserer Eigenschaft als Sprachrohr der ostbelgischen Jugend auf ein in unseren Augen erhebliches Problem aufmerksam machen.

Der RDJ hat seit Jahren einen Sitz im Verwaltungsrat des IAWM und vertritt dort die Interessen der Jugendlichen. Ein Thema, das uns dabei besonders am Herzen liegt, ist die Aufwertung der dualen Ausbildung und der mittelständischen Lehre.

In der Vergangenheit wurde dabei an verschiedenen Stellschrauben des Inhalts und des Images der Lehre gedreht, sodass die berufliche Ausbildung in Ostbelgien an Qualität hinzugewonnen hat. Als RDJ begrüßen wir diese Entwicklung und empfinden sie als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings gibt es formale Kriterien, die unserer Meinung nach ungenügend sind und den Stellenwert der Ausbildung in Ostbelgien verringern. In allererster Linie ist hier die unzureichende Mindestentschädigung für Lehrlinge zu nennen.

Im Laufe der letzten Jahre hat es innerhalb des IAWM bereits Bestrebungen gegeben, die finanziellen Rahmenbedingungen strukturell zu verbessern. Im Jahr 2020 wurden diverse Arbeitsgruppen einberufen, an denen Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Vertreter des ZAWM und des IAWM sowie der RDJ als Vertretung der Jugendlichen teilgenommen haben. Im Konsens wurde dabei ein Vorschlag ausgearbeitet, in dem sich alle Beteiligten grundsätzlich für eine Erhöhung der monatlichen Mindestentschädigung ausgesprochen haben, auch wenn Uneinigkeit über die realen Zahlen und Kriterien herrschte. Der Vorschlag ermöglicht eine bessere und fairere Bezahlung der Auszubildenden und ist für die Betriebe finanziell zu stemmen. Dieser Vorschlag wurde am 7. Dezember 2020 an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Im Frühjahr 2021 wurde dieser Vorschlag allerdings von politischer Seite aus abgelehnt. Dies stößt im RDJ auf Unverständnis. Einerseits besteht auf Seiten der Regierung der Wunsch, die duale Ausbildung in Ostbelgien attraktiver zu gestalten. Es wird seit Jahren viel Wert auf den ostbelgischen Standort gelegt, der mit verschiedenen Maßnahmen gestärkt und gesichert wird.

Andererseits bleiben die Rahmenbedingungen der Ausbildung schlecht. Für das Jahr 2021 wurde die Lehrlingsentschädigung auf min. 241,82€ für einen Lehrling im ersten Jahr festgelegt, die bei einem Lehrling im dritten Jahr ab dem 1. Januar auf min. 549,53€ steigt¹. Lehrlinge erhalten damit heruntergerechnet einen Mindeststundenlohn zwischen 2,02€ (im ersten Lehrjahr) und 4,58€ (im dritten Lehrjahr), während Studierende in ihrem Studentenjob ab rund 7€ aufwärts pro Stunde verdienen². Studentische Hilfskräfte und Lehrlinge im gleichen Betrieb können also ganz unterschiedlich verdienen, obwohl sie ähnliche Aufgaben erledigen. Mit diesem geringen Gehalt sind etwaige Lebenskosten für Auszubildende kaum zu bewältigen. Gleichzeitig ist den jungen Menschen

¹ Information von der Webseite des IAWM

(www.iawm.be/fileadmin/template/Download_PDF/Organisation/Lehrlingsentschaedigung_2021.pdf)

² Information von der Webseite der Jugendinfo (<https://jugendinfo.be/job/studentenjob-gesetzgebung.php>)

eine Nebentätigkeit bei einer 38-Stunden-Woche nicht immer möglich und vor dem Hintergrund einer ausgewogenen Work-Life-Balance weder gewünscht noch zu empfehlen (s. dazu auch die Ergebnisse der europäischen Konsultation des 7. Zyklus des EU-Jugenddialogs „Creating opportunities for youth“, die im RDJ-Handbuch „Karriere in Ostbelgien?!“ aus dem Jahr 2020 thematisiert wurde).

Das Problem, dass Ostbelgien viele Auszubildende auf Grund einer unzureichenden Bezahlung an unsere Nachbarländer und -regionen verliert, ist bekannt. Die Aufwertung der mittelständischen Ausbildung und der formalen Kriterien bieten dabei eine mögliche Lösung, um junge OstbelgierInnen auszubilden und sie danach in der Region zu halten. Die Erhöhung der Mindestentschädigung für Lehrlinge könnte darum dem akuten Fachkräftemangel in Ostbelgien entgegenwirken.

Das Argument, dass es sich nur um eine *Mindestentschädigung* handelt und viele Betriebe bereits eine höhere Summe bezahlen, gilt in unseren Augen nicht. Persönliche Gespräche mit Jugendlichen zeigen uns nämlich eine andere Realität. Zusätzliche Entlohnungen laufen dabei in vielen Fällen extralegal.

Uns ist bewusst, dass wir uns hier in einem Spannungsfeld bewegen, das gerade mit der Corona-Krise nicht einfacher geworden ist. Auf keinen Fall soll die Erhöhung der Mindestentschädigung dazu führen, dass Auszubildende in kleinen, spezialisierten Handwerksbetrieben einen Nachteil erfahren, nur, weil ihre Ausbildungsbetriebe sich im Gegensatz zu größeren Betrieben eine Erhöhung der Mindestentschädigung nicht leisten können. Aus dem Grund müssen von politischer Seite die Weichen für Ausbildungsbeihilfen o.Ä. gestellt werden, um Mehrkosten aufzufangen.

Unabhängig von den aktuellen Umständen ist es dringend Zeit, etwas zu verändern. Es liegt in den Händen der Politik, die jungen Menschen, die sich für eine Lehrlingsausbildung in Ostbelgien interessieren, besser wertzuschätzen und die mittelständische Ausbildung auch aus finanzieller Sicht attraktiver für Jugendliche zu gestalten. Darum bitten wir Sie im Namen der jungen OstbelgierInnen und (potentiellen) Auszubildenden, in dieser Angelegenheit zeitnah zu handeln und spätestens für das Schuljahr 2022-2023 eine Erhöhung der Mindestentschädigung für Lehrlinge vorzusehen.

Der Verwaltungsrat des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ)

RDJ-Stellungnahme zum Resolutionsvorschlag zur „Proposition de résolution visant la mise en place d’une Conférence interministérielle Jeunesse chargée d’élaborer un plan de soutien aux jeunes touchés par la crise du COVID-19“

Der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) bedankt sich für die Möglichkeit, Stellung zum Resolutionsvorschlag „Proposition de résolution visant la mise en place d’une Conférence interministérielle Jeunesse chargée d’élaborer un plan de soutien aux jeunes touchés par la crise du COVID-19“, eingereicht durch Frau Sophie Rohonyi und Herrn François De Smet am 24. Februar 2021, zu beziehen.

Zu Beginn unterstreicht der Jugendrat die verschiedenen Zitate und Studien, die zum Hintergrund des Resolutionsvorschlages genannt werden. Auch uns als Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind vergleichbare Feststellungen bekannt, die wir auch in unseren bereits veröffentlichten Stellungnahmen zur Situation der Jugendlichen und der Jugendarbeit in Zeiten von Corona (April 2020¹ und Februar 2021²) beschrieben haben. Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie bei Jugendlichen führen u.a. zu Vereinsamung, Depressionen, gesteigertem Suchtverhalten, Angstzuständen und Bildungsbenachteiligung. Junge Menschen fühlen sich in Zeiten der Pandemie von der Politik ausschließlich als SchülerIn/StudentIn/Lehrling wahrgenommen und besonders die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen wurde komplett vergessen.

Deswegen hat der RDJ die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Februar 2021 gebeten, proaktiv und langfristig zu reagieren. Auch das Europäische Jugendforum bittet die Nationalstaaten und die Europäische Union in seiner Veröffentlichung „Beyond the pandemic: The impact of COVID-19 on young people in Europe“ (Moxon, Bacalso & Serban, Juni 2021)³, u.a. Unterstützungspläne zu entwickeln, die sich mit den langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Jugendlichen befassen. Darum begrüßt der RDJ die Initiative des o.g. Resolutionsvorschlages, mit dem solch ein Plan auf föderaler Ebene entwickelt und umgesetzt werden soll, der allen jungen Menschen in Belgien zu Gute kommt.

Zu Beginn möchte der RDJ darauf hinweisen, dass die Altersgrenze im Resolutionsvorschlag auf 25 Jahre begrenzt ist, aber auch die Altersgruppe zwischen 26 und 30 Jahren mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen hat. Als Noch-Studierende oder Berufsanfänger haben sie vielleicht im vergangenen Jahr ihr Studium mit digitalen Vorlesungen beendet, konnten keine Praktika absolvieren

¹ RDJ-Stellungnahme zum Einfluss der föderalen Maßnahmen im Rahmen von COVID-19 auf Jugendliche der Deutschsprachigen Gemeinschaft: <https://www.rdj.be/wp-content/uploads/2020-rdj-stellungnahme-der-einfluss-der-federalen-manahmen-im-rahmen-von-covid-19-auf-jugendliche-der-deutschsprachigen-gemeinschaft.pdf>

² RDJ-Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie: <https://www.rdj.be/wp-content/uploads/2021-stellungnahme-im-sonderausschuss-covid-19-des-rdj.pdf>

³ Der vollständige Bericht des Europäischen Jugendforums ist zu finden unter:

<https://www.youthforum.org/sites/default/files/publication-pdfs/European%20Youth%20Forum%20Report%20v1.2.pdf>

und müssen sich jetzt trotzdem ohne zugängliche Unterstützungsangebote auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden. Auch diese Zielgruppe darf nicht auf der Strecke bleiben und muss bei einem Unterstützungsplan für Jugendliche berücksichtigt werden.

Der RDJ befürwortet die in Punkt 1 des Resolutionsvorschlages aufgeführte Idee einer interministeriellen Jugendkonferenz. Es stellt ein Mehrwert dar, beim Austausch von guten Beispielen oder Herausforderungen unter den Regionen und Gemeinschaften, voneinander zu lernen. Trotzdem stellt sich der RDJ die Frage nach dem Ziel der Jugendkonferenz: Werden dort dann die in Punkt 2 beschriebenen Initiativen ausgearbeitet? Es ist wichtig, dass dort nicht nur ein Austausch stattfindet, sondern auch ein Endresultat ausgearbeitet wird, durch das die Jugendlichen letztendlich profitieren. Je nach Zielsetzung wäre es auch erforderlich, Experten und Vertreter der Jugend bzw. Jugendarbeit miteinzubeziehen, damit die Realität der Jugendlichen abgebildet wird.

Die Ausarbeitung von Initiativen, die die mentale Gesundheit sowie die soziale, finanzielle, berufliche und schulische Situation der jungen Menschen unterstützen sollen, ist besonders wichtig, um den Folgen der COVID-19-Pandemie auf Jugendliche entgegenzuwirken. Dabei sollte nach Meinung des RDJ ein besonderer Fokus auf junge Menschen aus benachteiligten Lebenswelten und/oder in prekären Situationen gelegt werden. Dazu braucht es leicht zugängliche Initiativen, die alle Jugendliche nutzen können – es darf niemand vergessen werden.

Die Verbesserung des Status junger Menschen, die neu auf dem Arbeitsmarkt sind, und der Bedingungen zum Arbeitslosengeld sind für den RDJ ebenfalls ein wichtiger Bestandteil, um den langfristigen Folgen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken. Zusätzlich braucht es gezielte Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche (beispielsweise Beihilfen für Unternehmen, um Berufsanfänger oder Personen ohne Diplom einzustellen, s. „La convention du premier emploi“). Der RDJ verweist an dieser Stelle auf das im Juli 2020 veröffentlichte Handbuch „Karriere in Ostbelgien?!“⁴.

Für den RDJ ist der Punkt 4, Jugendinteressensvertretungen, Kinderpsychiater und Experten aus dem Bereich der mentalen Gesundheit an der GEMS-Expertengruppe zu beteiligen, ein Vorschlag, der schon von Anfang der Pandemie an hätte verwirklicht werden müssen. Anstatt über die Jugendlichen sollte mit ihnen entschieden werden. Es muss mit Interessensvertretern und Experten aus dem Jugendbereich gesprochen werden, um die Bedürfnisse, Probleme und Wünsche der Jugendlichen wirklich berücksichtigen zu können. Darum befürwortet der RDJ den Vorschlag für zukünftige Entscheidungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

Auch ist es bei der Ausarbeitung der sanitären Maßnahmen, die Jugendliche betreffen, absolut notwendig, den Status der Impfkampagne in Betracht zu ziehen. Es darf kein Unterschied in der Gesellschaft durch Impfpriorisierung entstehen.

Der RDJ spricht sich für die in Punkt 6 angepasste Kommunikation je nach Zielgruppe aus. In einer Umfrage des hiesigen Jugendinformationszentrum „Jugendinfo“ (Mai 2021)⁵ haben die befragten Jugendlichen bei freien Rückmeldungen mitgeteilt, dass sie sich im Informationsüberfluss rund um das Thema Corona nicht mehr zurechtfinden – und sind damit sicherlich nicht die einzige Bevölkerungsgruppe. Der Jugendrat möchte an dieser Stelle betonen, bei der Kommunikation an und

⁴ Das komplette Handbuch ist zu finden unter: <https://www.rdj.be/wp-content/uploads/rdj-eu-jugenddialog-handbuch-karriere-in-ostbelgienwebversion.pdf>

⁵ Die Umfrageergebnisse der Jugendinfo Ostbelgien sind zu finden unter: <https://www.jugendinfo.be/Jugendumfrage%20Corona.php>

mit Jugendlichen auf Niedrigschwelligkeit zu achten, um so auch junge Menschen aus benachteiligten Lebenswelten zu erreichen. Zudem muss nicht nur der Inhalt der Kommunikation an die Zielgruppe angepasst werden, sondern auch das Medium. So können viele Jugendliche über soziale Medien erreicht werden, auch wenn das nicht das einzige Medium bei der Kommunikation bleiben darf. Weitere Möglichkeiten sind Jugendeinrichtungen oder Schulen, denen die Informationen in verständlicher Sprache zur Verfügung gestellt werden sollten, damit diese an junge Menschen weitergeleitet werden können.

Natürlich ist Punkt 7 des Resolutionsvorschlags ein wichtiger Schritt, um einzuschätzen, inwiefern die mentale Gesundheit der Jugendlichen unter den sanitären Maßnahmen leidet. Allerdings reicht es nicht, diesen Einfluss nur zu bestimmen, sondern es müssen entsprechend ausgiebige Unterstützungsmaßnahmen und damit auch deren Finanzierung bereitgestellt werden. Im Bereich der mentalen Gesundheit liegt ein absoluter Bedarf: Laut der o.g. Umfrage von Jugendinfo, geht es den meisten Jugendlichen in Ostbelgien insgesamt schlecht (27%) oder eher schlecht (46%). Zwei von drei Jugendlichen machen sich Sorgen um ihre Zukunft, insbesondere um die Freizeitgestaltung, ihre mentale Gesundheit und die Erhaltung von Freundschaften. Auch haben Sie Angst, den Anschluss in der Schule zu verlieren oder dass ihre Eltern den Job verlieren könnten. Jeder achte Jugendliche gibt an, dass seine mentale Gesundheit unter der Corona-Krise leidet. Genauso viele Jugendliche leiden an Stress, vermehrter depressiver Stimmung, Einsamkeit oder auch an Schlafstörungen⁶. Diese Zahlen sind alarmierend. Es braucht darum mehr ausgebildetes Personal, mehr Hilfsangebote und mehr Prävention, die zugänglich für alle jungen Menschen in Belgien sind, damit Jugendliche aus ihrer persönlichen Krise herausfinden.

Zum letzten Punkt des Resolutionsvorschlags zur Verbesserung des Status für Jugendliche im Bürgerdienst kann der RDJ keine fundierte Stellung beziehen, weil aufgrund der kurzen Zeit der Ausarbeitung der Stellungnahme die Hintergrundinformationen zum Bürgerdienst fehlen.

Die COVID-19-Pandemie hat es erforderlich gemacht, dass junge Menschen ihre eigenen Ziele, Bedürfnisse und Wünsche aus Solidarität gegenüber ihren Mitmenschen zurückstellen mussten. Damit junge Menschen in Belgien nicht langfristig durch die Auswirkungen der Pandemie benachteiligt werden, steht es für den RDJ außer Frage, dass die Politik die Situation der jungen Menschen berücksichtigt und Unterstützungsmaßnahmen ergreift, die für ALLE Jugendlichen zugänglich sind. Aus diesem Grund hält der RDJ einen föderalen Plan zur Unterstützung der Jugendlichen, die von der Corona-Krise betroffen sind, als eine bedeutende, notwendige und unabdingbare Maßnahme.

Der Verwaltungsrat des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ)

⁶ Alle Zahlen sind den Umfrageergebnissen von Jugendinfo Ostbelgien zu entnehmen:
<https://www.jugendinfo.be/Jugendumfrage%20Corona.php>